

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Haaslerova nám. 32.

Verleger:
E. K. 33 Jun 32
Prag, II., Haaslerova nám. 32.

Postamt 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei Asten
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 25. Juni 1924.

Nr. 148.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (r. u.).

Die Masken herunter!

Das sozialistische Proletariat in ganz Europa wird in der zweiten Hälfte des Monats Juli aus Anlaß des zehnjährigen Gedenktages an den Beginn des Weltkrieges überall große Massenkundgebungen gegen den Krieg und gegen den Imperialismus veranstalten. Auch die Kommunisten beabsichtigen die Veranstaltung einer internationalen Kundgebung, die in der Zeit vom 27. Juli bis 4. August unter dem Titel einer „Antikriegswoche“ vor sich gehen soll. „Antikriegswoche“ — man sollte glauben, auch ihnen wäre es darum zu tun, angesichts der bestehenden Kriegsgefahren und des ungeheueren Völkermordes, den der Weltfriede von Versailles geschaffen hat, der zum Kriege führenden Bourgeoisie der verschiedenen Länder den einheitlichen geschlossenen Willen des Proletariats sichtbar entgegenzustellen, daß die Menschheit nie wieder in das graufige Entsetzen eines Krieges hineingehet werden dürfe. Wer aber so dächte, befände sich auf dem Holzwege und würde das Wesen, das Ziel, die Taktik und die Absichten der kommunistischen Partei verkennen, der weiß nicht, daß diese Partei ihre Hauptaufgabe nicht in der Bekämpfung des Krieges, der Kapitalistenklasse und des Imperialismus erblickt, sondern in der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind, sie muß erst vernichtet werden, ehe der kommunistische Weizen blühen kann! Das ist der Gedankengang, der den Kommunisten von Moskau aus seit jeher und besonders in der letzten Zeit anbefohlen ist. In der letzten Zeit kann man in allen kommunistischen Zeitungen und Verämnungen eine erhöhte Hebe gegen unsere Partei merken. Jede ihrer Aktionen gilt nur die sem Feind, gilt nur unserer „Entlarvung“ und der Hebe gegen uns. Zwei Jahre hindurch war die „Einheitsfront“ die Parole, aber unvorsichtigerweise enthüllten die Kommunisten selber den Betrug, den sie damit beabsichtigten: nicht um die Kräfte des Proletariats zu stärken, es widerstandsfähig zu machen gegenüber den Angriffen der Kapitalistenklasse, sollte die Einheitsfront hergestellt werden, sondern nur dazu, die Sozialdemokratie in eine Gemeinschaft zu bringen, der sie ihre „Aktionen“ und „Parolen“ ausnützen wollten, um dann, wenn ihren unsinnigen und verbrecherischen Weisungen nicht Folge geleistet werden sollte, die sozialdemokratische Partei vor der Arbeiterklasse zu „entlarven“. Der Schwindel mißlang, die Sozialdemokraten zeigten kein Bedürfnis, die Geschäfte der Moskauer Parolenschmiede zu besorgen, darum haben sie längst wieder den Kurs gewendet, die Masken sind gefallen, die Parole der Einheitsfront wurde eingefargt und nun gilt nurmehr die offene Losung „Tod der Sozialdemokratie“, eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und der der Vorzug vor der heuchlerischen Einheitsfrontparole zu geben ist, da sie klaren Tisch schafft.

Zimmerhin hätte man annehmen können, die kommunistische Partei werde wenigstens die Antikriegskundgebung nicht dadurch verunzeln, daß sie auch diese Kundgebung gegen die imperialistischen Machtclassen Europas zu einer Hebe gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen werde. Aber wie wenig ihnen die wirklichen Interessen des Proletariats und die Erhaltung des Friedens bedeuten, geht daraus hervor, daß die erweiterte Exekutive der kommunistischen Internationale in den letzten Tagen einen Beschluß des Exekutivkomitees bestätigt hat, der sich mit der Veranstaltung der internationalen Antikriegswoche befaßt und in dem die Richtung bestimmt wird, nach der diese angeblichen Antikriegskundgebungen sich bewegen sollen. „Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bei dieser Propaganda ist abzulehnen.“ so heißt es in dem Beschluß, doch das wäre das geringste,

Englisch-französische Note an Deutschland.

Gegen die Klüftungen der Revanchepolitik — Die deutsche Regierung möge unter-
suchen. — Die Militärkontrollkommission wird möglichst bald zurückgezogen.

Berlin, 24. Mai. (Dolff.) Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler heute nachmittags die in der Presse bereits angelegte Note überreicht, die in deutscher Uebersetzung lautet:

„Chequers, den 22. Juni 1924.

Wir wünschen uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Eure Exzellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an ihren Vorkämpfer in Paris gerichtete Note seine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir beunruhigende Berichte über die unangesehene und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiell, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu befestigen, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Besorgnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut.

Wir können der deutschen Regierung nicht verbergen und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Vorstoß gegen die lokale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil 5 des Vertrages von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblicke schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkraftsetzung des Dawesberichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die einer allgemeinen und wirklichen Befriedigung die Wege ebnet, aufheben läßt.

Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Verwirklichung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten.

Es läge im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in Bezug auf die Entwaffnung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde. Wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen können, denn das Bedürfnis der Sozialdemokratie nach gemeinsamen Veranstaltungen mit den Kommunisten, die in ihrer sogenannten Roten Armee eine Armee des russischen Imperialismus geschaffen haben, eine Armee, die das demokratische Georgien überfallen und unterjocht hat, ist naturgemäß sehr gering. „Aber die Veranstaltung der Kommunisten muß“ so heißt es in dem Beschluß weiter, „in eine Demonstration gegen die Sozialdemokratie verwandelt werden.“ Nicht also eine Demonstration gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, nicht gegen die Kriegsführer, nicht gegen die Schöpfer und Erhalter des Gewaltfriedens, nein, gegen die Sozialdemokratie!

Und es soll recht hoch hergehen in diesen Tagen, welche die kommunistische Partei als „Antikriegswoche“ bestimmt hat: „In den Zeitungen, die in diesen Tagen ganz dieser Frage gewidmet sein müssen, ist das gesamte, gegen die Sozialdemokratie

einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt.

Wir appellieren an Eure Exzellenz, weil wir keine Gelegenheit veräumen möchten, um eine Ursache erster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrages dem Völkerbundrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in Bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders bezeichnen haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen jede Verhinderung zuteil werden lasse. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Eifertheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in Händen haben.

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrage festgesetzten Verpflichtungen entspricht.

Gezeichnet: Herriot; J. Ramsay MacDonald.

Frankreich und Sowjetrußland.

Paris, 24. Juni. (Havas.) Aus englischer Quelle wurde gemeldet, daß anfangs Juli in Paris eine vorbereitende Konferenz bezüglich der Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich stattfinden werde. Bis zum gegenwärtigen Augenblicke scheint eine solche Konferenz nicht in Erwägung gezogen zu sein. Rechtsdenkender wird in gewissen politischen Kreisen angenommen, daß die die juristische Anerkennung der Sowjetregierung nicht lange auf sich warten lassen könne und daß die Unterhandlungen mit Rußland nachher erst aufgenommen werden würden.

Ende des jährlichen Bergarbeiterkreises

Dresden, 24. Juni. Der sächsische Bergarbeiterausstand, an dem seit sieben Wochen 35.000 Bergleute beteiligt waren, ist abgebrochen worden, da die gestrige Urabstimmung die für die Fortsetzung des Ausstandes erforderliche drei Viertel-Mehrheit nicht erbracht hat. Die Arbeit wird heute, beziehungsweise morgen wieder aufgenommen.

sprechende Material (!) auszunutzen. Ferner sind Plakate und Zeichnungen herauszugeben.“ Material, Plakate und Zeichnungen! Man weiß, worauf man sich gefaßt zu machen hat. Das ganze Lügenarsenal der Kommunisten wird geplündert werden, um den Versuch zu unterstützen, die Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie einzunehmen. „Material“, so werden sie ihre Verdrehungen, ihre Verdrehungen nennen, die sie auch noch durch Plakate und Zeichnungen unterstützen wollen. Die Bourgeoisie darf ihre Freude daran haben, wie die Kommunisten ihre Protestkundgebungen gegen den Krieg vorbereiten. Die kapitalistischen Kriegsführer dürfen sich frohlockend die Hände reichen. Einen prächtigeren Bundesgenossen können sie sich nicht wünschen! Nicht nur, daß die Kommunisten die Einigkeit stören, nicht nur, daß sie die Wucht der proletarischen Kundgebungen, die für den zehnten Jahrestag des Ausbruchs des Weltkrieges geplant sind, abschwächen und die proletarischen Abwehrkräfte zersplittern

wollen, was ganz im Geiste und im Sinne ihrer sonstigen Tätigkeit liegt, soll auch diese ernste, erhabene Friedenskundgebung verunehrt, befudelt und der Welt das Schauspiel der sich beschdenden Arbeiterklasse geboten werden. Die kommunistischen Arbeiter, welche noch gutgläubig der Meinung sind, es bei den Kommunisten mit einer sozialistischen, proletarischen Partei zu tun zu haben, können daran ermeßeln, wohin sie das Moskauer Kommando, dem sie sich blindlings fügen müssen, führen will!

Der Tanz kann also losgehen. Die Sozialdemokratie aber wird den Enthüllungen, die das kommunistische „Material“ infolge der figurativen Darstellungen, welche uns wohl als die Haupturheber des Weltkrieges „entlarven“ soll, mit Seelenruhe entgegensehen. Schließlich muß das verderbliche, zerstörende und der Bourgeoisie Handlangerdienste leistende Treiben der Moskauer Stipendisten zur Aufklärung jener im kommunistischen Lager stehenden Arbeiter führen, welche noch immer so verblendet sind, zu meinen, die Kommunisten seien die schärferen und rücksichtsloseren Bekämpfer der kapitalistischen Machtclassen. Die Kommunisten rufen: Die Masken herunter! Gut, sie sollen uns bei dieser Arbeit am Plage finden! Sie wollen die „Vernichtung der Sozialdemokratie“, da mögen sie sich nicht wundern, wenn sich die zur „Vernichtung“ Bestimmten gehörig zur Wehre setzen, und wenn die Angreifer dabei die Erfahrung machen, daß die zum Tode verurteilte Partei noch sehr lebendig ist, mehr lebendig, als den Kommunisten zuträglich sein wird. Um Material — und zwar wirkliches, nicht um Märchendichtungen — werden wir, Ihr Herren Kreibich und Smeral nicht verlegen sein! Wie prächtig wird es sich ausnehmen, wenn die Kommunisten an die Bloßstellung der sozialdemokratischen „Kriegsünden“ just in dem Augenblicke gehen werden, da sie in Deutschland mit den Demagogen des Nationalismus und Chauvinismus Hand in Hand gehen, deren Ziel es ist, Deutschland einem neuen Kriege gegen Frankreich entgegenzutreiben. Die Deutschnationalen bekämpfen die Demokratie, die Kommunisten helfen ihnen dabei weder mit. Die ersteren suchen die friedliche Weiterentwicklung Deutschlands durch Sabotierung der Weiterentwicklungspolitik zu verhindern, die Kommunisten marschieren auf dem gleichen Wege. Sie tun alles, damit die Befehung von Rhein und Ruhr aufrecht bleibe, und sie fühlen sich in der Wirrnis, in der Atmosphäre des Hasses und der Weltreaktion wohl. Da in Deutschland die Abwehrkraft der Sozialdemokratie steigt, stürzen sie sich mit wahrer Tollwut auf sie und sind bestrebt, jede Wendung zum Frieden und zur Demokratie zu hintertreiben.

Die kommunistischen Absichten liegen offen zutage. Die Moskauer wissen, daß die bolschewistische Saat um so besser gedeiht, je größer das Chaos ist, je ärger die Wirrnis, die Verzweiflung, das Elend und die Verbitterung der Massen. Darum ist ihnen jede Konsolidierung der Verhältnisse verhasst, darum hätten sie auch nichts gegen einen neuen Krieg der kapitalistischen Staaten untereinander, und darum fördern sie die Ziele der schwarz-weiß-roten Reaktion. Nicht erst seit gestern gilt bei ihnen der Grundsatz und geht ihre Praxis dahin, die Sozialdemokratie schärfer, feindseliger, haßerfüllter zu bekämpfen als die Reaktion und die kapitalistischen Klassen überhaupt. Sie handeln nur folgerichtig, wenn sie der Sozialdemokratie den Krieg auf Tod und Leben zur selben Zeit ankündigen, da sie den reaktionären und kriegerischen Kurs der hakenkreuzlerischen Bourgeoisie in Deutschland nach allen Kräften unterstützen.

Die kommunistische Partei will den Kampf, sie soll ihn haben. Auf ihre Entlarvungsgelüste antworten wir: Die Masken herunter! Es wird sich zeigen, wessen Ehrenschild rein und blank ist!

Das Kabinett Herriot bei der Arbeit.

Von André Pierre-Paris.

Nach der außerordentlichen politischen Bewegung der ersten Junihälfte sind ruhigere Tage gekommen. Das neue radikal-sozialistische Kabinett hat sich dem Parlament vorgestellt; es ist für den Augenblick durch eine stabile Majorität gesichert.

Bevor ich mit der Regierungserklärung vom 17. Juni beginne, scheint es mir notwendig, die Bilanz der Krise, deren Epochen ja bekannt sind, zu ziehen. Die erste Operation bestand darin, Millerand aus dem Elisee zu verjagen. Sie ist vollkommen gelungen. Die Linken in der Kammer und im Senat waren einig in der Ansicht, daß Millerand, der das lebendigste Symbol des Bloc national war, sich vor dem Verdikt des 11. Mai beugen müsse. Der Präsident rief vergeblich die Verfassung, die er selbst als erster verletzt hatte, zu Hilfe; niemand hörte darauf und er verurteilte sich endgültig, als er dem allgemeinen Wahlrecht eine offensichtliche Mißachtung ins Gesicht zu werfen wagte, indem er ein Kabinett Marfal aufstellte. Sein vergeblicher Widerstand hatte nur ein Resultat: seinen Fall nur noch klarer zu machen. Die zweite Operation: die Wahl des Nachfolgers Millerands, stand unglücklichweise im Zeichen grober taktischer Fehler. Der Kartell der Linken der Kammer wollte unbedingt Painlevé ins Elisee bringen. Es verstand nicht, die Empfindlichkeiten der Radikalen des Senats zu schonen; es verstand es nicht, daß der Senat heftig, eifersüchtig war, zu sehen, daß die Kammer, die Neuentporkommenen des 11. Mai Anspruch machten auf beide wesentlichen Posten: den Posten des Ministerpräsidenten und den Posten des Präsidenten der Republik. Herriot, der Führer der neuen Kammermajorität, war unbefreitbar dazu ausersehen, die neue Regierung zu bilden, um so mehr nahm der Senat für sich das Recht in Anspruch, die Staatspräsidentenstelle zu besetzen.

Der leichte Konflikt Painlevé-Doumergue erstarrt sich auf diese Weise und nicht anders; durch die stille Rivalität der Kammer und des Senats. Die provisorische Abstimmung des Blocs der Linken am Vorabend des Versailler Wahltages ist dafür der unbestreitbare Beweis: Painlevé bekam 306 Stimmen, das heißt die Stimmen der Linken der Kammer, während Doumergue, der gar nicht Kandidat war, 149 von den 169 Stimmen bekam, die die demokratische Linke des Senats ausmachen. Meiner Ansicht nach hätte das Kartell der Linken und besonders die sozialistische Partei Unrecht, sich darauf zu verlassen, die Kandidatur Painlevés aufrecht zu erhalten. Das hieß in einen unvermeidlichen Mißerfolg zu rennen, das hieß die Ursache zu einer Spaltung der Linken zu geben, das hieß, den Bloc national die Gelegenheit zu einer Rebanche zu liefern.

Sicherlich zu einer sonderbaren Rebanche, denn der neue Präsident der Republik, Protektant antikerischer Ursprungs, ist ein alter Republikaner von den Traditionen Combes und Kellertans. Er vertritt nicht alles, was die Rechte verachtet, welche für seine Wahl gestimmt haben. Wahr ist, daß Painlevé viel weniger Parteimann ist als Doumergue, aber den Besiegten des 11. Mai lag viel mehr daran, sich den Anschein eines Sieges zu geben, indem sie den Kandidaten der Radikalen und der Sozialisten durchfallen ließen. Um es noch einmal zu sagen: es ist bedauerlich, daß das Kartell der Linken ihnen selbst diese Illusion geliefert hat. Angenommen, daß man die Kandidatur Painlevés zurückgezogen und jene Doumergues, welcher der einzige Kandidat der Linken sowohl des

Senates als auch der Kammer gewesen wäre, aufgestellt hätte. Dann wäre die Rechte genötigt gewesen, ihren eigenen Kandidaten aufzustellen; dieser Kandidat wäre geschlagen worden und der Sieg der Linken wäre unbefreitbar sowohl für das Land als auch für die Fremde gewesen.

Alles in allem ist das ein kleiner Zwischenfall. Er ist erledigt. Wesentlich bleibt, daß der demokratische und sozialistische Bloc fest bleibt wie zuvor und die Hoffnungen der Reaktion zu nichts macht.

Wird diese dazu übergehen, sich zu organisieren? Wird sie eine homogene Kraft bilden können? Vorläufig hat sie sich noch von ihrer empfindlichen Niederlage nicht erholt, aber es ist sicher, daß sie bald in den Kampf treten wird. Im Senat hat sie ihren natürlichen Führer: das ist Herr Poincaré, aber in der Kammer? Maginot ist nicht genug intelligent, um zu führen und man spricht von einer baldigen Rückkehr Millerands selbst, dem man irgendein Mandat im Departement de l'Est finden würde. Poincaré und Millerand sind zwei beträchtliche Kräfte. Aber werden sie sich in der Opposition besser verstehen, als in der Macht? Das ist das Rätsel der Zukunft.

Wir haben den Text der Regierungserklärung des Kabinetts Herriot gelesen. Trotz ihrer außerordentlichen Klugheit, ja man möchte fast sagen: Aengstlichkeit, wird sie von der sozialistischen Partei gebilligt. Sie wird nicht mehr noch in ihrem Geiste, als in ihrem Wortlaute gebilligt und die Partei hat ihre Zustimmung dadurch ausgedrückt, daß sie alle ihre Interpellationen, die sie bereits eingebracht hatte, zurückzog. Sie hat es den Kommunisten überlassen, ihre gewöhnlichen demagogischen Phrasen anzubringen und zum tausendstenmal an die Revolution zu appellieren und ihre Stimmen mit jenen der Reaktion zu vereinigen.

Wir werden bis auf weiteres das Kabinett Herriot, dessen Absichten im Innern wie im Auswärtigen vorzüglich sind, unterstützen. Und wir sind glücklich, festzustellen, daß unsere Taktik von den deutschen Sozialdemokraten und von unseren Genossen in der Internationale gut verstanden wird. Wir werden darüber wachen, daß die Versprechungen des Kabinetts Herriot, welche sich auf die soziale Gesetzgebung beziehen, verwirklicht werden. Die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und jenes von Genf sind von einer außerordentlichen Wichtigkeit für die ganze europäische Arbeiterklasse. Keine Regierung wird mehr die Bewilligung dazu bekommen können, Angriffe auf diese so teuren Errungenschaften des Proletariats zu machen.

In der auswärtigen Politik bedeutet das Programm Herriots auch einen ersten Fortschritt. Es vertraut vollkommen dem Völkerbund und wünscht eine baldige Aufnahme Deutschlands. Was die Ruhr betrifft, spricht es sich nicht für eine unverzügliche Räumung aus, aber es verurteilt feierlich die Politik der Isolation und der Gewalt, die zu Okkupationen und zu territorialen Forderungen führt. Die Forderungen Poincarés will es so bald als möglich durch die Pfänder der Sachverständigen gutachten ersetzen.

Die sozialistische Partei Frankreichs begrüßt in der Erklärung Herriots vor allem den ausdrücklichen Appell an die Demokratie Deutschlands. Endlich hören wir aus dem Munde eines Regierungschefs vernünftige Worte. Sie kommen reichlich spät, es ist wahr, und erst nachdem Poincaré mit seinen aufreizenden Reden den Bangermanismus des Tirpis und des Luderbott wieder erweckt hat. Aber wir haben die feste Hoffnung, daß von nun an und heute die Demokratien Frankreichs, Englands und Deutschlands brüderlich zusammenarbeiten werden, das

Problem der Reparationen einer praktischen Lösung zuzuführen, ohne daß die Arbeiterklasse Deutschlands allein zahlen muß. Wir haben gemeinsame Feinde: das sind die Nationalisten und die kapitalistischen Kriegsgewinner. Vereinigen wir uns endlich, um sie niederzuwerfen und um sie zu zwingen, daß sie selber die Verwüstungen bezahlen, die sie angerichtet haben und für die sie selbst verantwortlich sind.

Der letzte Sessionsabschnitt

Prag, 24. Juni. Auch heute wiederum gab es im Abgeordnetenhaus einige „Situations“. So wurden zum Beispiel die Ausschüsse mittags generell abgesetzt, um nachmittags wieder einberufen zu werden. Bald hieß es, morgen werde es die letzte Sitzung geben, bald verschoß man den Sessionsklus auf den Freitag, was auch das wahrscheinlichere ist. Es kann gesagt werden, daß sich die Rebel der Ungewißheit einigermaßen zerstreut haben, und daß man nunmehr bestimmt mit dem Sessionsklus in den nächsten Tagen rechnen kann. Des Haus soll außer den bereits genannten Vorlagen noch das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und über die Zivilprozessordnung in der Slowakei erledigen.

Eine Schande für die Regierung ist es, daß sie noch immer nicht an die Lösung der Altpensionistenfrage schreiben will. Unser parlamentarischer Berichterstatter hatte in der heutigen Sitzung Gelegenheit, mit dem Abgeordnetenhaus erschienenen Vertretern der deutschen und tschechischen Altpensionisten zu sprechen. Es waren dies: Oberst Kolsky-Pilzen, Reg.-Rat Bilim-Prag, Oberrev. Grousl-Prag, Frau Schneider-Pilzen, Reichst.-Pilzen und Frau Karascl-Prag. Der Sprecher der Deputation wies darauf hin, daß sie von der Regierung verlangt habe, die Pensionistenfrage aus dem Gesamtkomplex der Finanzvorlagen auszuschalten und noch jetzt in der Herbstsession zu erledigen. Sie begründete ihr Ansinnen mit dem Hinweis, daß es in der Frage der Altpensionisten zwischen den einzelnen Parteien keine Meinungsverschiedenheiten gebe, da sämtliche Parteien ihre Forderungen als berechtigt anerkannt haben, und weiters damit, daß die Erledigung dieser Frage keine besondere Zeit erfordere und im abgekürzten Verfahren, binnen 24 Stunden, vor sich gehen könne.

Vom Ministerpräsidium erhielt die Deputation die Nachricht, daß die Frage der Altpensionisten in dieser Session nicht erledigt werden könne, da sie mit acht anderen Vorlagen kumuliert ist, und aus diesem Komplex nicht herausgerissen werden kann. Infolgedessen könne sie erst im Herbst zur Verhandlung kommen. Dagegen haben die Koalitionsparteien versichert, daß die Erledigung dieser Frage keine besonderen Gründe für die dringliche Behandlung der Frage vollauf anerkennen und sich dafür einsetzen werden, daß die Vorlage noch in der Frühjahrs-session zur Erledigung komme.

Der Sitzungsbeginn, der auf zwei Uhr angesetzt war, wurde auf fünf Uhr verschoben, weil das Verkehrsamt des Masarykbahnhofes dem Präsidium anzeigte, daß der Brünner Schnellzug, den eine bedeutende Anzahl von Abgeordneten benütze, eine etwa zweistündige Verspätung erlitten habe und zwar wegen einer kleineren Entgleisung bei Abtsdorf. Eine Entgleisung außerhalb des Parlaments — wie ein Koalitionspolitiker hierzu bemerkte.

In der Sitzung selbst wurde nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen die Debatte über das Gesetz über die Bestechung der Beamten begonnen.

Der Kommunist Blazel erklärte, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde, weil sie die Koalition nicht für fähig halte, die Korruption zu bekämpfen. Als er Blazel als den „ehrwürdigen Begründer des Korruptions-Spiritusfonds“ und Donat als seinen „würdigen Nachfolger“ bezeichnete, wurde er vom Präsidenten Tomasek zur Mäßigung aufgefordert.

Dr. Kasta (deutschem. Freipartei) führt aus: Gelegenheitsgesetze sind etwas Bedenkliches. Diese Bedenken und Mängel der sogenannten Gelegenheitsgesetzgebung haben wir in der Tschechoslowakei auf dem eigenen Leibe verspürt. Ich will von vornherein sagen, daß ich mit der Tendenz des in Verhandlung stehenden Gesetzentwurfes vollkommen einverstanden bin. Gerade bei diesem Gesetze wurden die berührten Bedenken und Mängel der Gelegenheitsgesetzgebung fast ausgeschlossen. Sie kämpfen aber nicht gegen jenen Geist der Korruption, der darin liegt, daß die Verwaltung nicht so sehr allein durch Geld beeinflusst wird, sondern national- und parteipolitisch in durchaus unzulässiger Weise. Die Regierung und auch der Parlamentarismus sind angekränkt von Einflüssen national- und parteipolitischer Natur. Durch diese Erscheinungen wird die ganze Atmosphäre des politischen Lebens vergiftet und die Bestechlichkeit der Beamten ist nur eine Teilercheinung. Wir haben in der letzten Zeit Worte gehört, die unseren vollen Beifall finden. Die Politik der Gewalt muß unter allen Umständen perhorresziert werden. Wir haben diesen Worten nichts hinzuzufügen. Wir werden für das Gesetz stimmen.

Sodann wurde die Beratung der Tagesordnung unterbrochen. In der morgigen Sitzung werden in der Debatte über das Beamtenbestechungsgesetz Genossin Kirpal und der Christlichsoziale Luschka das Wort ergreifen. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 25. Juni um 5 Uhr nachmittags.

Ein Agrarier — Referent über die Sozialversicherung.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses gab der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Chalupa eine Erklärung ab, daß er das Referat über die Sozialversicherung zurücklege. Er begründete dies damit, daß ein Mitglied seiner Partei das Referat über diese Vorlage im sozialpolitischen Ausschuss inne hat. Der Vorsitzende bestimmte daher als Referenten über diese Vorlage den tschechischen Agrarier Professor Erdinka.

Die täglichen Immunitätsfälle.

Eine kurze Sitzung des Senats. Prag, 24. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Senatsitzung, die mit einer Verspätung von einer halben Stunde begann, standen zwei Immunitätsfälle zur Behandlung. Im Falle des Senators Braka beschloß der Senat nach dem Berichte des Immunitätsausschusses den genannten Senator nicht auszuliefern, während im zweiten Falle der Senator Julius Klimka wegen Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an zwei slowakischen Notaren, ausgeliefert wurde. Bei der Behandlung des zweiten Immunitätsfalles kam es zwischen den Koalitionsparteien und den slowakischen Abgeordneten zu stürmischen Kontroversen. Die nächste Sitzung des Senates findet Donnerstag um fünf Uhr nachmittags statt.

Die kleine Lotte. (28)

Von Simone Vobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Rennaissance“, Wien.

„Nein, Lucie — das macht nichts. Ich verhehe. Ich werde gehen.“

Charlotte hat zuerst an Mademoiselle Buchs gedacht. Aber die wird sie ihrer Familie wiederbringen. Jetzt meint sie doch, sie solle vor der Schule auf sie warten. Die Lehrerin ansprechen, sie bei sich zu behalten.

„Meine Idee,“ sagt Lucie wieder an, „ein armes Möbel wie du in der Patsche lassen, das tut man nicht. Marie. Rue Flocon, ganz nahe von hier, weiß ich ein Zimmer, das ist zum achten Zimmer zu vermieten. Man zahlt nicht im voraus. Es ist jetzt frei. Du nimmst das Bett, in dem du liegst. Ich brauche es nicht, ich geb dir einen Stuhl, ein gezeichnetes — fertig. Fräulein wohn n mit eigenem Möbeln. Dann laufft du morgen früh zu Décoiffer, Rue de César, sagst, daß ich dich schick. Ne ordentliche Bude, verteuert viel Arbeit! Sie haben mich gefragt, b'n schon anderswoher vergangen, sonst . . . Aber ich hab eine Freundin dort, Armandine tauust dich ihr anvertrauen wie mir, sie wird dich beschützen, Kleinchen. Na — paßt dir das alles?“

„Du bist gut, Lucie.“

„Wirst gar zärtlich? Immer dasselbe Schäfchen, erinnerst dich?“

Sie trinken ihre Maß. Lucie umarmt die Kleine, legt sie wieder in ihr Bett. „Das ist notwendig,“ sagt sie, „halt genug gemacht all die Zeit über.“ Sie plaudern bis elf Uhr, tauschen alle Erinnerungen aus. Dann steht Lucie auf, das Mittagessen zu holen.

„Nimm von meinem Geld, Lucie.“

„Bist du bei Sinnen? Was wirst du die ganze Woche essen?“

Charlotte läßt sich einladen. Sie ist gebrochen, unempfindlich, denkt nicht mehr.

Am Nachmittag verständigen sie sich mit der Hausbesorgerin von der Rue Flocon. Sie will gern das Zimmer hergeben, es gleich vermieten, da es doch ein so junges Mädchen ist und die Nichte von Mademoiselle Parent. Ihr Mann hilft ihnen Bett und Stuhl zu übersiedeln, die Frauen tragen alte Leintücher, eine Decke, Kleinfrem, die Schachtel von Charlotte. Lucie unterhält sich beim Auspacken. Was für eine Idee, Bücher mitzunehmen, und solche Bücher! Mühselig!

„Hast das alles mit dir geschleppt? Gestern — he? — Na, ich muß sagen — gesund bist du!“

So ist Charlotte in einem kleinen Zimmer im sechsten Stock eingerichtet. Sie besitzt nur ein eisernes Bett, einen Stuhl, sehr wenig Wäsche, ein blaues Kleid, einen kleinen Bettvorleger, eine Wolschüssel, zwei Handtücher. Im Warenhaus kauft sie Kamm und Bürste, ein Glas. Aus einem alten Stück Baumwollstoff näht sie einen Fenstervorhang. Die Aussicht auf die Dächer ist prächtvoll. Lucie lacht, findet alles sehr gut, gibt Rat, schmeichelt:

„Wirst es nicht zu warm haben. Mußt dir ein Leuchter kaufen, sobald du kannst.“

Charlotte antwortet, daß sie nachts ihre Kleider über das Bett breiten werde. Sie schuldet Lucie schon drei Franken, welche diese dem Hausbesorger zum Dank für seine Freundlichkeit gegeben. Lucie will das Geld erst dann zurückhaben, wenn Charlotte in der Lage sein wird, etwas zu verdienen.

„Die drei Franken legst du für mich beiseite. Bin ich dann mal blank (wenn du es nicht auch bist), gibst du sie mir.“

Charlotte legt sorgsam den Zimmerschüssel in ihr Geldtäschchen. Im Hinuntergehen sagt Lucie:

„Wenn du nicht zu müde bist, würde ich dir vorschlagen, zu Armandine zu gehen. Ich seh sie nicht oft. Sie wohnt bei allen Teufeln, draußen in Ménilmontant.“

„Gern, Lucie — weißt du, wegen morgen.“

„Gab's mir gedacht — so wirst du gleich alles erfahren.“

Lucie will den Stellwagen nehmen. Charlotte ist gestern schon genug marschiert, sie darf morgen nicht zu „gerädert“ sein. Sie kommen erst nach vier Uhr zu Armandine.

Sie hat eine kleine Wohnung, Rue Oberkampf im fünften Stock. Eine kräftige Frau von fünfundvierzig Jahren, sehr klein. Braune Haare kräuseln sich über der Stirne. Ein rundes, rotes Gesicht, kleine Augen wie Schraubenschlösser, plattgedrückte Nase, auch ganz klein. Sie scheint in ihrem Gesicht wie ein Punkt, der mehr gerädert ist als der Rest. Armandine trägt einen granatfarbenen Rock, eine grüne, weißgestickte Bluse. Es sieht wunderbarlich aus. Die Kräfte in die Hüften gestemmt, steht sie vor ihrer Tür, ruft:

„De — woher kommst denn du, Mädchen?“

Hinter ihr brüllt ein nigerer, hochaufgeschossener Junge von fünfzehn Jahren:

„Teufel noch mal, die Fraute! Nein, was die für eine Bißage hat.“

Im Zimmer ist noch ein dickes blondes Mädchen, weiß und rosenrot, mit bloßer Brust. Sie wälzt sich vor Lachen. Noch ein anderes junges Mädchen, von kränklichem, schüchternem Aussehen. Sie lächelt sanft.

Lucie neigt sich, um Armandine zu umarmen. So wird Charlotte sichtbar.

„Ich bringe eine Freundin.“

Tiefes Schweigen. Armandine dreht sich im Kreis auf den Ablagen herum, macht eine Bewegung:

„Blab, Blab, Rangen. Treten Sie ein, mein Fräulein. Willkommen! Das sind meine Kinder. Mein Sohn Albert, vierzehn Jahre, vor acht Ta-

gen Spengler, seit gestern Buchdrucker. Später werden wir dann weitersehen. Man muß mehrere Eisen im Feuer haben, nicht? Meine Tochter Rosa, nur tüchtig im Suppenessen. Sie lechen — sie läßt sich's schmecken. Meine Tochter Helene, achtzehn Jahre, Blumenmacherin, wie ich. Sie arbeitet mit mir. Ich habe noch zwei Töchter, mein Fräulein, Leonore, dreiundzwanzig Jahre, ein schlimmes Ding — na, da läßt sich nichts gegen machen — man muß von allem haben — sie ist Härberin, soll jetzt heiraten. Meine Aelteste, Adele, dreißig Jahre, das Kind der Liebe ist Krankenschwester in Lenon. Wollen Sie, bitte, unsere Gemächer besichtigen. Es gibt nichts als Betten — ich mag nicht überfüllte Räume. Mein Zimmer, das meiner Töchter, meines Sohnes ist auch Speisezimmer, Salon, Ankleidekabine, Küche. Es ist viel bequemer, alles in einem zu vereinigen; wenn man so beschäftigt ist, wie wir es sind. Man verliert weniger Zeit mit Platzwechsel. Nicht wahr, Kinder?“

„Surra, einen Trommelwirbel für Mutter, sie hat sehr gut gesprochen, trinken wir auf ihr Wohl.“

Albert beginnt mit dröhnender Stimme zu singen.

Minutenlang unbeschreibliches Getöse. Alle stampfen mit den Füßen, katzen in die Hände, Albert miaut verzweifelt. Charlotte, verblüfft, weiß nicht, wie ihr wird. Die rasche, scharfe Stimme von Armandine überdönt alle:

„Genug, genug, die Hausbesorgerin wird wieder mal taufommen.“

„Das ist unschnuppe.“

„Genug, Berchen — wann lernst du endlich Achtung vor der Autorität? Man wird aussziehen müssen, kleiner Mann. Gib uns lieber Bier.“

„Sirup, ich will Sirup“, ruft Rosa.

(Fortsetzung folgt.)

Inland.

Die Christlichsozialen für den Großgrundbesitzer Clary.

Der Teplicher Großgrundbesitzer und ehemalige „Fürst“ Clary ist als christlichsozialer Parteigänger bekannt. Da ihm nun durch die Bodenreform die Beschaffung eines Teiles seines Besitzes droht, bezieht sich der christlichsoziale Abgeordnete Dr. Wenzel Feiersoll, der wahrscheinlich seine schönere Aufgabe kennt als die Interessen des Clary zu vertreten, eine Interpellation einzureichen, worin er den Ministerpräsidenten auffordert, „auf das Bedenken dahin einzuwirken, daß in bezug auf die um Teplich herumliegenden Meierhöfe des Clary-Adringenischen Besitzes der Status quo erhalten wird“. Der christlichsoziale Abgeordnete begründet seine Interpellation damit, daß die in Frage kommenden Meierhöfe mustergültig bewirtschaftet, daß sie für die Milchversorgung der Stadt Teplich notwendig sind, und daß durch die Zerstückelung der Meierhöfe das Schicksal der zahlreichen Angestellten in Frage gestellt ist. Das Beste der Begründung kommt freilich zuletzt. Auf dem Besitze lasten die nicht unerheblichen finanziellen Leistungen des Kirchenpatronates für die Kirchen in Teplich, Weiskirchitz, Boreslau und andere.

Was der christlichsoziale Abgeordnete an Argumenten dafür anführt, daß die Meierhöfe, um die es sich handelt, im Besitze des Clary bleiben, ist hinfällig. Denn die Bewirtschaftung könnte weiter weitergeführt werden, wenn die Meierhöfe in der Umgebung von Teplich etwa Genossenschaften oder den Stadtgemeinden Teplich und Turn gehören würden. Daß gerade der Herr Clary ein Verdienst an der mustergültigen Bewirtschaftung der Meierhöfe und an der sorglosen Existenz seiner Angestellten hat, möchten wir doch bezweifeln. Erster meint es schon der Herr Abgeordnete Feiersoll mit dem Argument wegen der Leistungen des Kirchenpatronates für die Kirchen in Teplich und Umgebung. Ob es aber das größte Unglück wäre, wenn diese finanziellen Leistungen des Kirchenpatronates aufhören würden, bezweifeln wir. Die Bewohner von Teplich und Umgebung würden sich in diesem Falle zu trösten wissen.

Masaryk in Troppau. Um halb 9 Uhr vormittags hielt Präsident Masaryk eine Parade über die Troppauer Garnison ab, der auch Minister Udrzal, Masaryk, Mittelhauser u. a. beiwohnten. Nachher erteilte der Präsident Audienzen und empfing Deputationen verschiedener Parteien und Korporationen. Mittags fand in der Landesverwaltungskommission ein Diner statt, an dem auch Vertreter deutscher und tschechischer Wirtschaftsorganisationen teilnahmen. Nachmittags fand zu Ehren Masaryks ein Festzug statt, an dem Schulkinder, sowie Vertreter der Bürgerschaft, der Behörden und zahlreiche Vereine sich beteiligten. Bei einem Fünftel-Uhr-Zee wurden die Staatsbeamten aller schlesischen Ressorts, die fremden Konsuln aus Oitau, eine Delegation der Stadt Friedel, sowie Vertreter der lokalen Presse empfangen. Abends verweilte der Präsident in der politischen Landesverwaltung in einem längeren Gespräch über die Verhältnisse in Schlesien und im Südschlesien Ländchen.

Ausland.

Die Aufgaben der englischen Arbeiterregierung.

Eine Rede Tom Shaws in Gent.

Bei Eröffnung der Internationalen Genossenschaftsausstellung in Gent sprach der englische Arbeitsminister Tom Shaw, der als offizieller Vertreter der englischen Regierung und als Delegierter der englischen Gewerkschaften an der Eröffnungsfeier teilnahm, über die Bedeutung der englischen Arbeiterregierung. Tom Shaw wies darauf hin, daß die englischen Arbeiter zwar die Regierung, aber nicht die Macht in Großbritannien übernommen haben. Aus diesem Grunde könne das Arbeitskabinett nicht sozialistisch regieren, sondern nur eine Reihe von Maßnahmen durchführen, die im Interesse der Armen und Notleidenden Englands liegen. Tom Shaw verbreitete sich ferner ausführlich über das besondere Interesse der Arbeiterregierung für die Durchführung der Washingtoner Arbeitskonvention. Die Koalitionsregierung und die ihr folgende konservative Regierung unterließ die Ratifikation der Konvention, dagegen würde das Labour-Kabinett in einigen Wochen einen Gesetzentwurf für die Ratifikation einbringen. Tom Shaw erklärte wörtlich: „Wir sehen jetzt, daß auf die deutschen Arbeiter ein Druck ausgeübt wird, zehn Stunden zu arbeiten mit der Begründung, hierdurch die Reparationsleistungen zu ermöglichen. Falls der deutsche Arbeiter 10 Stunden arbeitet, wird der Kapitalismus von den andern Ländern behaupten, daß ohne Verlängerung der Arbeitszeit eine Konkurrenz mit den deutschen Unternehmern nicht mehr möglich ist. Wenn wir eine solche Entschärfung zulassen würden, so wären nicht nur die deutschen Arbeiter durch den absehbaren Weltkrieg besetzt, sondern auch die Arbeiter in England, Frankreich und Belgien. Aus diesem Grunde wird in England ein Arbeitsgesetz

Sturmjahren im Reichstag.

Die Völkischen provozieren.

Berlin, 24. Juni. (Eigenbericht.) Die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete den neuen Tagungsabschnitt mit Sturmjahren, die selbst in diesem Hause als ungewöhnlich zu bezeichnen sind. Durch das Eingreifen der Sozialdemokratie war auf die Tagesordnung die Frage eines Amnestiegesetzes für politische Gefangene und die Freilassung der bisher noch in Haft befindlichen rechtsradikalen und kommunistischen Abgeordneten gesetzt worden. Zur Sache sprach der deutschvölkische Abgeordnete und frühere bayerische Justizminister Dr. Roth in einer ungewöhnlich provozierenden Weise. Als er die Erschießung des bayerischen Kommunistenführers Levin im Jahre 1919 als vollständig zurecht bestehend bezeichnete und sagte, daß diese Erschießung nur zu begrüßen sei, wurde er in der stürmischsten Weise von den Kommunisten unterbrochen. Die Sitzung konnte infolgedessen nicht weitergeführt werden und wurde auf kurze Zeit abgebrochen. Bei Wiederbeginn der Sitzung erklärte für die kommunistische Partei der Abgeordnete Eichhorn, daß sie zwar durchaus in der Lage sei, das Weiterprechen des Abgeordneten Dr. Roth zu verhindern, daß sie aber mit Rücksicht auf das Schicksal der zehntausenden politischen Gefangenen davon Abstand nehmen wolle und nur den

Sitzungssaal verlassen würde. Während dann nach dem Auszug der Kommunisten Dr. Roth weiter sprach, kam es zu einem Zwischenfall dadurch, daß der deutschnationalen Abgeordnete Lavarent den sozialdemokratischen Abgeordneten Eggerstädt vom Tisch des Hauses wegstoßen suchte. Darüber kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen sozialdemokratischen und deutschnationalen Abgeordneten, bei dem die Deutschnationalen den kürzeren zogen. Der Präsident des Reichstages war genötigt, die Sitzung abzubrechen und den Ältestenausschuß einzuberufen. Dieser beriet über diesen bisher ungewöhnlichen Vorfall etwa eineinhalb Stunden. Bei Wiederbeginn der Sitzung erklärte Vizepräsident Nieker, daß bedauerlicherweise ein sozialdemokratischer Abgeordneter eine Bewegung eines Deutschnationalen so aufgefaßt habe, als ob ein tätlicher Angriff gegen ihn beabsichtigt gewesen sei. Nach einer Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten sei das nicht beabsichtigt gewesen. Er müsse die Hoffnung aussprechen, daß sich solche Zwischenfälle in diesem Hause nicht wiederholen würden. Unter großer Unruhe spricht bei Schluß der Redaktion der deutschvölkische Abgeordnete Roth weiter.

Ein vergeblicher Kampf des Berliner Bürgertums.

Berlin, 24. Juni. (Eigenbericht.) Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beriet in ihrer heutigen Sitzung zum vierten Male über den von den bürgerlichen Parteien, die im Berliner Rathaus über eine Mehrheit von fünf Stimmen verfügen, beabsichtigten und vorgeschlagenen Abbau des sozialistischen Magistrats. Dieser Abbau soll von den bürgerlichen Parteien benutzt werden, um die bisherige sozialdemokratische Mehrheit in dem Magistrat der Reichshauptstadt zu beseitigen. Auch bei dieser vierten Sitzung konnten die Bürgerlichen ihr Ziel nicht erreichen, da die Kommunisten mit Erfolg die Rechtmäßigkeit der Einberufung anzweifeln konnten und die Sitzung aufgehoben werden mußte. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß es vor dem Beginn der Sommerferien am 7. Juli den Bürgerlichen nicht mehr gelingen wird, ihre Absicht durchzuführen. Ob nach Beendigung der Sommerferien anfangs September ein Abbau des Magistrats noch möglich ist, ist außerordentlich fraglich, da die sogenannte Personalabbauverordnung des Reiches aufgehoben werden soll.

10.000 Arbeiter ausgeperrt.

Primkenau, 24. Juni. (Wolff.) Der Verband niederschlesischer Eisenhüttenwerke hat heute nachts 12 Uhr sämtliche Arbeiter ausgeperrt. Von der Aussperrung, die ihren Grund in Lohnunterschieden hat, werden gegen 10.000 Arbeiter getroffen.

Besprechungen über einen österreichisch-deutschen Handelsvertrag.

Wien, 24. Juni. We Sehkonsches Dr. Schiller heute in der „Stunde“ erklärt, hat die österreichische Regierung die deutsche Regierung ersucht, wegen Fortsetzung der Besprechungen über einen Handelsvertrag mit Österreich nach Prag zu kommen. Berlin hat den österreichischen Vorschlag angenommen, so daß die österreichische Delegation Mitte Juli in Prag mit der tschechoslowakischen, ungarischen und deutschen Regierung zugleich verhandeln werden.

Völkerbund und Weltpolitik.

London, 24. Juni. (Tsch. P. B.) Neuter zufolge kann bezüglich der geplanten Londoner Konferenz noch nicht mitgeteilt werden, welche Mächte vertreten sein oder wann die Einladungen versendet werden. Der Hauptpunkt des Besuchs MacDonalds und Herriots sei, zu zeigen, daß das gesamte Gewicht Frankreichs und Großbritanniens für die Vermeidung der Wirkungslosigkeit und des Scheiterns des Völkerbundes eingesetzt werden solle. Ein weiterer Punkt sei die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Frage wie weit es für Frankreich möglich sei, sich mit der Behandlung von deutsch-französischen Fragen durch den Völkerbund zu begnügen.

erforderlich. Man kann natürlich die Arbeiterregierung, die einen derartigen Gesetzentwurf einbringt, kürzen, aber es gibt doch noch ein „Später“ und dieses Wörtchen „später“ bleibt unsern Gegnern in der Achse sitzen, weil sie genau wissen, daß wohl eine Arbeiterregierung davongekostet werden kann, aber daß die Arbeiter einen bleibenden Machtfaktor darstellen. Das Ziel einer Arbeiterregierung muß in erster Linie auf die Erhaltung des internationalen Friedens gerichtet sein. Macdonald hat jetzt zwei Monate mehr für den Frieden als 50 konservative Regierungen getan. Das französische Volk hat jetzt klar begriffen, von welchen Gedanken die Labour-Regierung befeuert ist. Den Beweis hierfür liefert auch das Ergebnis der französischen Wahl.“

Am Ende seiner Rede wies Shaw auf die großen Schwierigkeiten hin, welche der Verwirklichung der Ziele des kämpfenden Proletariats im Wege stehen.

Dr. Held — bayerischer Ministerpräsident.

Berlin, 24. Juni. Der „Regensburger Anzeiger“ teilt mit, daß die Fraktion der bayerischen Volkspartei heute Vormittag einstimmig beschloffen hat, ihren Führer, den Abg. Dr. Held, dem Landtag als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Dr. Held hat sich bereit erklärt, den Versuch einer Regierungsbildung zu übernehmen. Alle Versuche, eine außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit für das Ministerpräsidentenamt zu gewinnen, sind gescheitert.

Münchener Schnüffellei.

München, 24. Juni. (Wolff.) Die kommunistische Partei hatte ihre Agitationszentrale nach dem Verbote der Partei, wie Beobachtungen ergaben, im Fraktionszimmer der kommunistischen Partei im Landtage untergebracht. Am Dienstag mittags 1 Uhr wurde das Fraktionszimmer durch Kriminalbeamte unvermuthet einer Untersuchung unterzogen. Acht Personen, die nicht der kommunistischen Fraktion angehören, wurden vorläufig festgenommen und zur Polizeidirektion gebracht. Es gelang, ein zahlreiches Agitationsmaterial zu beschlagnahmen.

Nicht militärische, sondern wirtschaftliche Garantien.

Briissel, 24. Juni. (Gavas.) Es verlautet, daß an der Julikonferenz, die sich mit der Regelung der technischen Details für die Durchführung der Sachverständigenpläne befassen wird, Frankreich Garantien für deren Durchführung verlangen werde. MacDonald versichert Herriot, daß England Frankreich unterstützen werde in dem Falle, als eine neue Resignation seitens Deutschlands konstatiert werden sollte. Garantien kommerzieller Natur seien unumgänglich notwendig und außerdem müsse auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nur gegen Ertrag eines bedeutenden Geldbetrags aufgehoben werden könnte. Es hat den Anschein, daß MacDonald und Herriot sich insbesondere bezüglich finanzieller und wirtschaftlicher Garantien geeinigt haben, die geeigneter wären als militärische. Frankreich nimmt an, daß eine Kontrollkommission notwendig sein wird, solange das Deutsche Reich die neue französisch-englische Note nicht erfüllt hat. Herriot soll auch Pakt vereinbaren zur Verhinderung von Angriffen zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien, welche dann erweitert werden sollen durch eine Vereinbarung gegenseitiger Hilfeleistung, welche auch Deutschland mit einschließen würde und unter dem Schutze des Völkerbundes stünde.

MacDonald bei einer Geschäftsordnungs-Votum in der Minderheit.

London, 24. Juni. Die Regierung erlitt gestern abends im Unterhause in einer Geschäftsordnungsfrage bezüglich der Wohnungsvorlage eine Niederlage. Unionisten stimmten gemeinsam mit den Liberalen dafür, daß die Vorlage nicht an den Geschäftsausschuß verwiesen werde. Das liberale Mitglied Masterman beantragte, daß die Vorlage von einem Ausschusse des gesamten Hauses behandelt werde. Bei der Abstimmung stimmten für den liberalen Antrag 315, dagegen 175; die Regierung blieb daher mit 140 Stimmen in der Minderheit. Die Blätter heben hervor, daß dies die fünfte Niederlage der Regierung Macdonalds sei, und zwar die schwerste, die irgend eine Regierung in den letzten Jahren erlitten habe.

Zu dem Kampfe um die Wohnungsvorlage der Regierung im Unterhause wird nachträglich noch gemeldet: Die Liberalen sprachen sich gemeinsam mit der Regierungspartei für die zweite Ver-

lung der Vorlage aus und der Antrag auf Ablehnung derselben ist mit 206 gegen 269 Stimmen gefallen. Später beantragte der Liberale Masterman, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der ganzen Frage und die damit abzuhaltenden finanziellen Resolutionen die ganze Vorlage dem Plenum als Ausschuß überwiefen werde, anstatt dem kleinen ständigen Ausschuß des Unterhauses, wiewies sonst üblich ist. Der Sprecher der Regierungspartei, Clunes, nahm gegen diesen Antrag Stellung, welcher abgelehnt worden ist. Der Vorfall wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß das Unterhaus, wie die „Times“ melden, bis zum August tagen wird.

Mussolini — kein Engel ist so rein.

Eine herausfordernde Erklärung des Diktators.

Rom, 24. Juni. (Stefani.) In der heutigen Sitzung des Senates gab Ministerpräsident Mussolini eine Erklärung ab, worin er u. a. sagte: Ich brauche Ihnen nicht mein ganzes Bedauern und meine ganze Abscheu ob des Verbrechens gegen Matteotti neuerlich zu betonen. Ich glaube, niemand wird an der Aufrichtigkeit (!) meiner Gefühle in dieser Hinsicht zweifeln. Man kann sagen, daß unter den Ersten, die das Verbrechen und die dafür Verantwortlichen gebrandmarkt haben, die Faschisten gewesen sind. Was das rechtliche Element betrifft, so will ich erinnern, daß 24 Stunden nach Anzeige des Verschwindens Matteottis die hauptsächlichsten Verdächtigten und in den folgenden Tagen andere Personen an verschiedenen Orten Italiens verhaftet worden sind und daß auf die hohe oder niedrige Stellung des Schuldigen keine Rücksicht genommen worden ist und geübt werden wird. Was die Natur des Verbrechens anbelangt, darf ich kein Urteil abgeben. Die Untersuchung und die öffentliche Verhandlung werden das Verbrechen, seine Phasen wie auch seine Ursachen rekonstruieren. In diesem Hause muß die Lage vom streng politischen Standpunkt aus erwogen werden. In erster Linie muß man sich vor dem, daß die Ehre der Nation keineswegs auf dem Spiele steht. In den letzten Tagen hat sich in ganz Europa jene Strömung, die man Linksromung nennt, gegen den Faschismus erhoben und ihn für diesen Akt unbedächtigen und verdammenswerten Terrors verantwortlich gemacht. Die italienischen und die ausländischen Sozialisten, die unter Ausnützung (!) der blutigen Episode lärmende (!) Massenversammlungen gegen den angeblichen Terror des italienischen Faschismus veranstalten, vergessen den wirklichen Terror, den sie in verschiedenen Gebieten Europas ausüben und ausüben haben. Auf jeden Fall muß man sich klar sein, daß das gegenwärtige Regime aus einer Revolution hervorgegangen ist, die von einer Partei ausgeführt wurde, welche erst kaum drei Jahre lebt. Gegen das Ministerium des Innern sind Tadel und Beschuldigungen erhoben worden. Man hat den Eindruck erwecken wollen, daß im Biminalpalaste alles abscheulich und forumpieri wäre. Im Biminalpalast gab und gibt es hunderte von Beamten, die anständig und pflichttreu sind. Die Chefs dieser großen Zentralstelle sind über jeden Verdacht erhaben. Es gibt Revolutionen, die, wie die englische, die Völker während eines halben Jahrhunderts in Verwirrung gebracht haben. Man darf sich nicht verwundern, wenn die Krise, die im Oktober 1922 ausgebrochen ist, sich noch nicht in ein endgültiges Gleichgewicht aufgelöst hat. Der Ministerpräsident läßt sodann die Maßnahmen auf, die in der faschistischen Partei ergriffen wurden, um diese mit den konstitutionellen Notwendigkeiten der Regierung in Einklang zu bringen.

„Alle Hauptschuldigen in den Händen der Justiz“.

Rom, 24. Juni. (Schw. D. A.) Comm. Prociolo, Minister im Ministerium Mussolini, reichte seine Demission ein, die genehmigt wurde. Aus Stresa wird gemeldet, daß man dort einen gewissen Pavone verhaftet habe, der an der Ermordung Matteottis direkt teilgenommen haben soll. Die Blätter betonen, daß nun alle Hauptschuldigen in den Händen der Justiz sind. Wie die Mächte erfahren, soll die Nationalmiliz der öffentlichen Sicherheit unterstellt und als bewaffneter Korps dem Kriegsminister unterstellt werden. Mussolini sei entschlossen, Änderungen im Kabinett durchzuführen, die Umstellungen würden aber nicht über die parlamentarische Mehrheit hinausgehen. Die Regierung hat beschlossen, den Präekten von Turin abzuberufen.

Wasserflugzeuge jagen nach der Leiche Matteottis.

Rom, 23. Juni. Wie verlautet, sollen nunmehr Wasserflugzeuge herangezogen werden, um den Bicosce zu überfliegen. Man hofft, daß sie den See bis zu einer gewissen Tiefe durchblenden können, um eventuell die Leiche Matteottis zu entdecken.

Eine Enthaltung.

Rom, 23. Juni. Der Chefredakteur des „Nuovo Paese“, Bacci, der wegen des Verdrachtes des Begünstigung der Flucht Rossis in Untersuchung gezogen und heute nachmittags verhaftet worden ist, ist wieder entlassen worden. Eine offizielle Verlautbarung stellt fest, daß keiner der Verhafteten der Nationalmiliz angehört hat.

Herriot, Ihenis und Hymans.

Brüssel, 24. Juni. (Gavas.) Die Unterredungen zwischen Herriot, Ihenis und Hymans begannen um 10 Uhr vormittags und dauerten über eine Stunde. Hierauf wurden den Unterhandlungen Perotti della Rocca, der französische Botschafter und belgische Funktionär des Außenministeriums beigegeben. Die Unterhandlungen wurden bis Mittag fortgesetzt. Herriot erklärte nach Schluss der Konferenz, daß seine belgischen Kollegen über die Unterredungen in Chequers ihre vollständige Zufriedenheit ausgesprochen hätten. Nachmittags wurden die Unterhandlungen wieder aufgenommen, u. zw. in Anwesenheit der Vorstände jener Ressorts, denen die Fragen der Ruhr- und des Rheinlandes obliegen. Der Chef der belgischen Mission, Hannecart, wurde zu diesem Zweck nach Brüssel berufen.

Brüssel, 24. Juni. (Gavas.) Um 6 Uhr abends war die Konferenz zwischen Ihenis, Hymans und Herriot beendet. In dem an die Pressevertreter von Ihenis übermittelten Kommuniqué heißt es: Herriot hat den belgischen Ministern über seine Unterredung mit MacDonald Bericht erstattet. Diese Unterredung läßt eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien erhoffen.

Die Minister haben folgenden Angelegenheiten ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Dem Austausch der Fächer, sobald Deutschland die Bedingungen des Expertenberichts erfüllt haben wird. Den Ausführungsbedingungen für das Eisenbahnverträge und den Münzverträgen. Die Vertreter der beiden Regierungen haben ihren gemeinsamen Willen bekräftigt, die kritische Durch-

führung der Entwaffnungsklausel für Deutschland sicherzustellen. Das Problem der Sicherheit wurde berührt und es wird einer weiteren Prüfung unterzogen werden.

Die internationale Arbeitskonferenz.

Das Verhältnis zu Rußland.

Genf, 23. Juni. Der Bericht des Direktors des Arbeitsamtes Albert Thomas über das Verhältnis zu Rußland sagt, daß die Sowjetregierung offiziell eine dem Völkerbund feindliche Haltung bewahre, daß aber offiziös die Teilnahme Rußlands an den verschiedenen Organisationen des Völkerbundes sich anbähne, die für die Wiederherstellung Rußlands unbedingt nötig sei, vor allem, weil Rußland das ausländische Kapital brauche. In der Debatte sprach der belgische Arbeiterdelegierte Merten den Wunsch aus, daß der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes Schritte ergreifen möge, den Beitritt Rußlands zur internationalen Arbeiterorganisation herbeizuführen. — Der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux schlug vor, daß die Konferenz durch einen Beschluß an Rußland die Einladung zum Beitritt zu der internationalen Arbeiterorganisation ergehen lasse. — Der irische Regierungsvertreter O'Rahilly forderte Schritte, um den Beitritt Amerikas anzubahnen. — Der Direktor der internationalen Arbeiterorganisation Albert Thomas wies in seiner Eingangsrede auf die Widerstände und Schwierigkeiten hin, die dem Beitritt der dem Völkerbund noch nicht angehörenden Staaten entgegenstehen. befristete aber ebenfalls den Einfluß dieser Länder.

kämpfe hätten? Die Partei hat sich in der Koalition verbündet, daher hat sie sich in Mähr.-Ostrien gelobt, der Opfer seien nun genug gebracht worden. Aber kurze Zeit darauf erklärten die Agrarier, seine Verhandlung der Sozialversicherung zuzulassen, jenes Bescheidenen, unvollständigen und unbedeutenden Schutzes des alten Proletariats zuzulassen, bevor nicht die Getreidezölle die Taschen der Großagrarien füllten. 42 Kronen für den Meterzentner eingeführten Getreides soll der Zoll betragen! Ein Drittel des ganzen Getreidekonsums muß aus dem Ausland eingeführt werden, 50 Heller bei jedem Laib Brot würde die Preiserhöhung betragen, eine sich summierende und in der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutende Zahl. Damit ist die Verknüpfung aller Lebensmittel verbunden. Dies alles in einem Staate mit noch immer mehr als 100.000 Arbeitslosen und 200.000 Kurzarbeitern. Als die Regierung ihren Mahnruf ertönen ließ, daß alle Stände Opfer bringen müßten, damit man der Weltwirtschaftskrise beikommen könne, da haben nur die arbeitenden Klassen Opfer gebracht, nicht aber die Agrarier, die im Kriege gemüht haben und jetzt noch das letzte Stück Brot, den letzten Kartoffel verteuern wollen.

Soffen wir, daß die tschechischen Sozialdemokraten bei ihrem Widerstand bleiben. Ihre Reihen sind bedenklich gelichtet, Tausende sind nicht aus Sympathie mit Moskauer Gewaltmethoden — ins Lager der Kommunisten abgewandert. Es ist eine Folge ihres Zusammengehens mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien dieses Landes, die wir am tiefsten bedauern. Nur ein Abbruch von ihrer bisherigen Politik kann ihre Reihen wieder festigen.

Nach dem Kriege haben die Agrarier das verlogene Schlagwort „Freie Wirtschaft verleihe uns Brot“ aufgestellt. Was diese freie Wirtschaft ausgerichtet hat, sehen wir jetzt: ausländisches Getreide notiert über der Weltmarktlage. Es könnte jetzt geschehen, daß billiges Getreide aus dem Ausland eingeführt wird — das muß mit aller Kraft verhindert werden, denn wo wären denn die Profite der Agrarier, wenn ihnen niemand ihr teures Getreide abkaufen wollte.

Nicht die Kleinbauern und die Kleinrentner werden den Profit von diesen Getreidezöllen haben, sondern nur die Großgrundbesitzer. Denn die Kleinrentner produzieren an Feldfrüchten so wenig, daß sie damit kaum ihren eigenen Bedarf decken.

Ein Kompromiß soll auf dem Wege sein, welcher Art, ist unbekannt. Schärfster Widerstand muß gegen jede Einschmuggelung von Getreidezöllen geleistet werden, gegen das sogenannte Bewilligungsverfahren oder die Umsatzsteuer, von der eingeführtes Getreide bisher befreit war. Statt Schutz der Landwirtschaft müssen wir Schutz der hungernden Menschen verlangen. Jeder Versuch, Getreidezölle einzuführen und die Koalition so zu retten, muß auf Widerstand stoßen. Die Koalition ist zum Tode verurteilt. Der Leitgedanke der heutigen internationalen Koalition ist, alle sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze unter einen Hut zu bringen, von der Fiktion ausgehend, daß der Staat ein Nationalstaat sei und als solcher erhalten werden muß. Sie ist das Instrument der tschechischen Bourgeoisie. Nicht aus nationalistischen Motiven bekämpfen wir sie; mit gleicher Leidenschaft würden wir sie bekämpfen, wäre sie ein deutsches Herrschaftssystem; unsere ganze Vergangenheit ist ein Beweis dafür. Wir bekämpfen dieses System, weil wir darin ein Hindernis für die natürliche Entwicklung, eine Verschleierung der natürlichen Klassengegensätze erblicken. Wir sehen den Augenblick herbei, da die tschechischen Sozialdemokraten erkennen werden, daß ihr Platz an der Seite der deutschen Arbeiter dieses Staates ist. Wir werden manches zu vergessen haben, doch im Interesse der Arbeitermasse werden wir es gerne tun. Der lang ersehnte Augenblick muß kommen. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß auch von uns manche abgefallen sind, daß für uns oft der Hindernisse zu viele sind, daß die Kraft der Arbeiterklasse geschwächt ist. Der Zusammenschluß muß erfolgen, zum Wohle der Arbeiterschaft und auch zum Wohle des Staates. Wenn es gelingt, die Arbeiter aller Nationen zusammenzuführen, der nationalen Unterdrückung ein Ende zu bereiten, dann wird auch ein neuer Aufstieg die Folge sein, aus der Defensiv werden wir zur Offensiv, zur Wiedereroberung des Verlorenen übergehen.

Unsere Aufgabe hier ist nicht leicht. In einer Welt gesteigerten nationalen Hasses müssen wir Verzicht bewahren, die nationalen Bestrebungen herbeizuführen suchen, unsere tschechischen Klassengenossen finden. Die Zeit wird kommen, wo es wieder einen reinen Klassenkampf geben wird, hier die kleine Schaar der Bestehenden — dort die große Schaar der Besten. Mithelfen müssen sie alle, Genossen und Genossinnen, und die Zeit des Aufstieges unserer Bewegung wird kommen! (Lebhaftes Beifall.)

Die darauffolgende Debatte wurde zum größten Teil von Herrn Direktor Schütz ausgefüllt, der — als ein der Partei fernstehender — ihr den Dank für ihr Eintreten in die lebenswichtige Frage der Getreidezölle aussprach. Im übrigen verlangte er Wiedereinführung der Zwangswirtschaft und drakonischen Strafen für Wucherer, stellte einige mißverständliche Behauptungen über Sozialismus und Kommunismus auf (die von Genossen Polach sofort richtiggestellt wurden) und tat über die Sozialdemokraten eine Äußerung, die ihm als Redakteur und Mitarbeiter des „Tagesboten“ von ihnen gewiß übelgenommen werden wird.

Mit Dankworten an den Referenten und die Zuhörerschaft schloß der Vorsitzende Genosse Polach die antugend verlaufene Versammlung.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Paris, Berlin, and Wien.

Tages-Neuigkeiten.

Landarbeiter im Böhmerwald als Freiwild!

Ein geradezu unerhörtes Verbrechen ereignete sich am Freitag in Unter-Steinbach, Bezirk Hartmann im Böhmerwald. Nach einem alten Brauch gingen vier Burschen im Alter von 15 bis 18 Jahren nach um halb 10 Uhr im Walde auf öffentlichen Wege spazieren. Plötzlich trachte ein Schuß. Die Burschen erstarrten, blieben aber nicht stehen, um den strecken Menschen sicherzustellen, der auf friedliche Menschen zu schießen wagte, sondern liefen davon. Ein zweiter Schuß folgte den Flüchtenden nach. Es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß niemand getroffen wurde, da die Schrotkornen in einem Baum stecken blieben.

Am Pfingstsonntag wurde von dem Vater eines der noch minderjährigen Burschen bei der Gendarmerie die Anzeige erstattet, aber erst am Mittwoch stellte sich der Gendarmeriewachtmeister zur Untersuchung ein. Die Durchführung der Untersuchung ist eine Schande für dieses Wachkommando; von dem Untersuchenden wurde der Heger, der die zwei Schüsse auf wehrlose jugendliche Burschen abgegeben hatte, nicht auf das Ungeheuerliche seiner Handlung aufmerksam gemacht und es wurde ihm auch nicht die Schußwaffe abgenommen; der Wachtmeister erging sich vielmehr in Nebenart, die darauf abzielte, den Vorfall tot zu schwelgen. Der „unparteiische“ Wachtmeister veruchte die Burschen in ihren Ausfögen zu beeinflussen, indem er ihnen die überraschende Mitteilung machte, der Heger habe recht gehandelt, da er sich in Notwehr befand. Die Burschen würden noch bestraft werden, wenn sie auf der Anzeige bestehen. Erst auf die Anzeige des Gemeindefreiwirtschafters, die das Vorgehen der Gendarmerie einem Dienstvergehen gleichstellte, wurden die Erhebungen doch endlich durchgeführt. Der Heger aber läuft weiter mit seiner Wunde frei herum, um neues Unheil anzurichten!

Wie diese Gendarmerie aber vorgehen kann, wenn es gilt, gegen einen alten Arbeiter im Interesse der Herrschaft zu vorgehen, sei an folgendem Beispiel aufgezeigt:

Im Herbst vorigen Jahres kam ein 60jähriger Arbeiter mit dem Heger in einem scharfen Wortwechsel, da der Heger angab, der Mann sei 25 Jahre und der 60jährige, angeschuldete Arbeiter habe ihn daher betrogen. Die Gendarmerie verhaftete um einhalb 10 Uhr nachts den Arbeiter im Bette, weil der Heger es so verlangte. Der Wachtmeister hat damals bei der Verhaftung den betreffenden Ausschuss gesagt: „Dieses häßliche Ungeheuer soll ich verhaften?“

Was sagen nun die Behörden zu diesem paritätischen Vorgehen, zu dieser Ordnungsgarantie der Gendarmen im Böhmerwald?

Doppelmord.

Deutsch-Gabel, 24. Juni. In den heutigen Morgenstunden wurde in der benachbarten Gemeinde Petersdorf ein blutiges Verbrechen verübt. Kurz nach 2 Uhr wurden die Bewohner des Hauses des Fleischermeisters Schäfer, das mitten im Orte liegt, sowie die nächste Nachbarschaft durch Hilferufe und Schüsse aus dem Schlafe geweckt. Als man nachforschte, fand man am Hause Schäfers eine Leiter angelegt, die in die oberen Schlafkammern führte. Dort bot sich ein entsetzliches Bild dar. Die Mutter Schäfers und auch dessen Schwester wurden mit tödlichen Schußwunden in der Brust aufgefunden. Sie gaben kein Lebenszeichen mehr.

Ueber den Hergang wurde festgestellt, daß der Täter auf der Leiter durch das während der Nacht geöffnete Fenster in den Schlafraum der beiden Frauen eingedrungen ist, offenbar in der ursprünglichen Absicht zu stehlen, da Schäfer allgemein als reicher Mann bekannt war. In dieser Absicht dürfte er durch das Erwachen der Frauen verhindert worden und zum Morde geschritten sein. Von den herbeigeeilten Leuten wolle einige einen Mann in der Richtung gegen den Hutberg flüchten gesehen haben. Schäfer hat auch nach dieser Richtung mehrere Schüsse abgefeuert. Ein mit größter Eile aus Reichenberg herbeigeholter Polizeikommandant verfolgte eine Strecke weit eine Spur, verlor sie aber dann. Besondere Anhaltspunkte, die auf den Täter schließen lassen könnten, wurden auf dem Tatort nicht gefunden. Die Mutter Schäfers war 60jährig, seine Schwester vierzig Jahre alt.

Eine neue Militärchiefstätte in Westböhmen. In einer am Sonntag in Alt-Benatzel abgehaltenen Vollversammlung erklärte Senator Kouza, er habe im Nationalverteidigungsministerium die Information erhalten, daß es von der Regierung der Milowitzer Chiefstätte und des Übungsplatzes a B f e h e und eine neue Chiefstätte im nordwestlichen Böhmen errichten wolle. — Bekanntlich haben die Gemeinden um Milowitz gegen diese Erweiterung der Chiefstätte, mit Rücksicht vor allem auf den Verlust an wertvollem Ackerboden, aufs schärfste protestiert.

Gegen den Brotwucher!

Eine öffentliche Versammlung unserer Partei in Brünn.

Montag abend hielt unsere Partei in Brünn im Saale des Varietés unter dem Vorsitz des Genossen Polach eine gut besuchte Versammlung ab. Senator Genosse Polach eröffnete die Versammlung mit einer Trauerkundgebung für den durch Faschisten mordsüchtig hingemordeten Genossen Matteotti, die von den Anwesenden stehend angehört wurde. Er führte aus:

„Vor dem Eingehen in die Tagesordnung wollen wir dem Gefühl der Trauer und des Schmerzes Ausdruck geben über den Verlust, den die italienische Bruderpartei, den die internationale Sozialdemokratie erlitten hat durch die Ermordung Giacomo Matteottis. In ihm hat der Faschismus, dieser stärkste Ausdruck der kapitalistischen und nationalen Reaktion, einen der Edelsten und Besten gemordet. Matteotti entstammte der wohlhabenden Bourgeoisie und wurde Sozialdemokrat, weil ihm der große sittliche Gedanke des Sozialismus und das Glend des italienischen Proletariats für den Sozialismus gewann. Der Idee des Sozialismus und dem Kampfe wider den Todfeind des Proletariats opferte er sein Leben. Er konnte sich über die Gefahr, die seinem Leben drohte, nicht täuschen. Aber er ging mutig in den Kampf. Er griff in offener Parlamentsführung das Regime der Gewalt und der Korruption an. Seine Kenntnis des wahren Charakters des Faschismus, seine Kenntnis des Grades von Korruption und Betrug machte ihn zum Objekt des fasischischen Hasses. Man haben sie ihn gemordet. Nicht etwa die Tat eines geistig Gestörten, eines durch Glend aus dem Gleichgewicht gebrachten, ist er zum Opfer gefallen, er ist als Opfer eines Komplottes der Mächtigen, als Opfer des Geistes, den Mussolini zum herrschenden Geiste gemacht. Vergeblich wäscht Mussolini seine Hände in Unschuld und vergeblich wird die dienstbeflissene Presse der Bourgeoisie in allen Ländern und auch bei uns die moralische Schuld von Mussolini abzuwälzen trachten. Diese Schuld wird nicht abgewaschen werden. Sie haben den Mund des edlen Matteotti verstummen gemacht. Aber sein gemordetes Leib wird zum lautstöhnenden Ankläger. Er verkündet den moralischen Zusammenbruch des Faschismus, der dem politischen Vorgeht. Der Diktator Matteotti wird die Empörung über die Verwilderung steigern und die Entschlossenheit fassen, mit der der internationale Sozialismus den Kampf gegen die internationale Reaktion führen wird bis zu ihrer Niederbringung. Der teure Tote, dessen Erinnerung in unserem Herzen fortleben wird, ist uns zugleich ein starker Mahner unserer sozialistischen Pflicht.“

Hierauf erstattete Senator Gen. Kiehnert sein Referat über „Die politische Lage und das Attentat der Agrarier auf die Taschen der Bevölkerung“. Er führte aus:

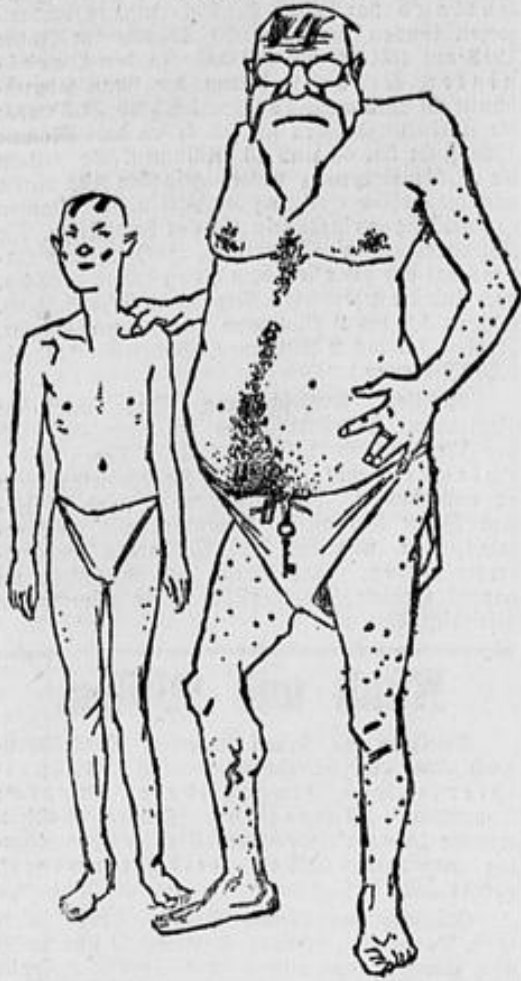
„An dem Zeitpunkt, da die Einberufer der heutigen Versammlung den Plan zu ihrer Abhaltung faßten, war die politische Situation ein wenig anders als jetzt. Die gegenwärtig herrschende Koalition ist in eine schwere Krise geraten, eine Krise, wie sie eigentlich noch niemals hier war. Anzwischen hat sich die Situation etwas verschoben. Die herrschenden Kräfte sind vor dem „Sprung ins Dunkle“, vor den Neuwahlen, von denen schon die Rede war und die das endgültige Begräbnis der internationalen Koalition zur Folge gehabt hätten, zurückgeschreckt. Wieder hängt der Himmel voller Geigen, wieder einmal wurde die Reaktion gerettet, ihr Begräbnis auf eine Zeitlang hinausgeschoben. Mancherlei Belastungsproben

hat die Koalition im Laufe der Jahre ertragen, aber immer, wenn sich Schwierigkeiten zeigten, wurde irgend ein Ausweg gefunden. Diesmal war die Sache schon schwerer. Die Krise ist noch nicht beigelegt, und selbst wenn sie beigelegt wird, muß in aller nächster Zeit bei der heutigen Konstellation der Dinge eine neue Krise ausbrechen.

Die Agrarier haben in schroffem Egoismus die Forderung nach Wiedereinführung der Getreidezölle noch vor der neuen Ernte gestellt, jener Zölle, die seit dem Jahre 1914 abgeschafft sind, und sie haben erklärt, daß sie andernfalls keine Verhandlung der Sozialversicherung und der in Schwere bedinglichen Handelsverträge zulassen würden. Also eine Regierungspartei, die Partei, die den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern stellt, obstruiert die Arbeiten des Parlaments. Die übrigen tschechisch-bürgerlichen Parteien haben sich nicht gegen diese Maßnahmen gewendet, die tief ins Leben der arbeitenden Massen, der Kleinbauern, des Mittelstandes, der Beamten und Angestellten einschneiden. Und nach allem was wir gesehen haben, hätten die tschechischen Agrarier auch bei den deutschbürgerlichen Parteien Unterstützung gefunden. Von den deutschen Agrariern hat es uns nicht gewundert: Das Wort von der „grünen Internationale“ ist eben kein leerer Wahn und hinter der gemeinsamen Zucht nach Wucherer gewinnen treten alle übrigen Gegensätze zurück. Aber wieso sind die anderen, die tschechischen deutschbürgerlichen Parteien nicht gegen dieses unerhörte Attentat auf die Taschen der Besten aufgetreten? Weil sie nach dem Grundsatz handeln, der schon in Oesterreich gebräutig wurde: „Stimmst Du für meinen Zoll, stimme ich für Deinen Zoll!“ Stimmen die Bürgerlichen für Agrarzölle, dann stimmen die Agrarier für Industriezölle. Auch bei uns ist es dem Einfluß des Industrie- und Bankkapitals gelungen, horrenden Industriezölle durchzusetzen, denen gewiß eine gewisse Bedeutung zukam, die aber auf die Dauer unhaltbar sind. Auf Grund dieser Wucherzölle ist es gelungen, die Einführung billiger Produkte unmöglich zu machen. Ehe aber das Industriekapital auf die Industriezölle verzichtet, liefert es lieber die Konsumgüter der Agrarier aus, die mit dem lächerlichen Schlagwort „Gleichheit der Produktionsbedingungen für Landwirtschaft und Industrie“ ins Feld ziehen.

Alles wäre glatt gegangen, wenn nicht die tschechischen Sozialdemokraten erklärt hätten, daß sie infolge der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse die Einführung der Getreidezölle nicht zulassen könnten. Die tschechischen Sozialdemokraten, durch deren Politik in dieser Beziehung wir leider nicht verwöhnt sind, haben erklärt: Bis hierher und nicht weiter! Sie waren bisher die treueste Koalitionspartei, sie haben mehr Opfer als alle tschechisch-bürgerlichen Parteien gebracht, sie haben den Staatsgedanken vor ihr Parteinteresse, ja vor ihre soziale und internationale Pflicht gestellt — sie wurden durch schwärzenden Unbarm gelohnt. Wir begreifen und erkennen, daß sie es als ihre sozialistische und vor allem demokratische Pflicht ansehen, diesen Staat, diese Republik zu festigen, aber sie haben den richtigen Augenblick verpasst, der sie aus der Gemeinschaft der tschechisch-bürgerlichen, die oft genug ihr reines Profitinteresse und ihre vollständige Gleichgültigkeit dem Staatsgedanken gegenüber gezeigt haben, hätte herausführen können. Sie haben — dies sei zugegeben — manche Erfolge in der Koalition errungen, manches Unrecht verhindert. Doch wäre dies nicht auch geschehen, wenn sie an der Seite ihrer deutschen Klassenbrüder ge-

Ein Mangel.



— Wie schade, daß man das Palenkreuz nicht auf der Brusthaut einäthert tragen kann — so zweifelt doch mancher, ob wir der Edelrasse angehören!

Die unter dem Einflusse des Kapitalismus für die Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe gestimmt haben. Er macht also den Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus, daß sie für die Vermögensabgabe stimmten. Der Mann hat Talent! Weiters verwies Sorala auf den „überflüssigen hohen Heeresstand“ und fügte hinzu, man müsse sich vor den Kommunisten nicht fürchten, da sie nichts gegen den Staat haben, sondern nur erreichen wollen, daß das Land ihnen (den Kommunisten) gehöre, die es schon schützen werden. Also der Mann ist gar nicht gegen den Militarismus an sich, sondern es gibt nur zuviel Soldaten. Ein sehr gemäßigter Antimilitarist! Und auch gegen den Staat hätte er nichts, wenn er den Kommunisten gehörte. Es ist schade, keine Zeit zu schreiben.

Bulletin der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Nummer drei des Bulletin der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist soeben erschienen. Sie enthält u. a. den genauen Bericht der Sitzung der Exekutive der S. A. I. in Wien sowie Berichte über die Tätigkeit der sozialistischen Parteien in Armenien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Georgien, Jugoslawien und Lettland. Das Bulletin kostet im Jahresabonnement drei Goldmark (vier Schweizer Franks, 45.000 Ost. K) und ist durch alle Parteivertriebsstellen zu beziehen.

Kriminalstatistik. Laut amtlichen statistischen Ausweisen gibt es in diesem Staate insgesamt 424 Gefängnisse, Strafanstalten und Besserungsanstalten, die sich in zehn Straf- und Besserungsanstalten, in 36 Gefängnisabteilungen und 388 Bezirksgefängnissen verteilen. Die größte Strafanstalt der Republik befindet sich in Pankraz bei Prag, die für 1000 Sträflinge eingerichtet ist und in der sich derzeit über 600 Sträflinge befinden. In der Strafanstalt Bory bei Pilsen, welche einen Belegraum von 800 Personen aufweist, sind derzeit ebenfalls über 600 Sträflinge untergebracht. An dritter Stelle folgt Starhaus mit 500, Mirau mit 600 Sträflingen, die ihre mehrjährigen Strafen abbüßen. Mähren und Schlesien besitzen keine größeren Strafanstalten; in der Slowakei wäre die von Leopoldau zu nennen, welche einen Belegraum für 1000 Sträflinge aufweist, jene von Jlava mit 600, und die staatliche Besserungsanstalt von Raschau mit 500 Sträflingen. Die Weiberstrafanstalten für über 24jährige von Repry mit 250, und jene von Nikolsburg in Mähren, für weibliche Sträflinge unter 24 Jahren, wo ein Belegraum von 180 vorhanden ist. Von den 36 Gefängnisabteilungen, in denen auch Strafen von einem Monat bis zu einem Jahr abgebußt werden, besitzt Böhmen 15, Mähren acht, die Slowakei und Karpathenland 13. Von den 388 Bezirksgerichten entfallen auf Böhmen 217, auf Mähren und Schlesien 97, auf die Slowakei und Karpathenland 74. In den letzten drei Jahren betrug der Gesamtstand wie folgt: 1921 büßten 11.888 ihre Freiheitsstrafen ab; im Jahre 1922 12.209, im Jahre 1923 11.905. Von diesen starben in den Jahren 1921, im ganzen 50 Personen, 1922 67, und im Jahre 1923 nurmehr 44 Sträflinge. Zum Verhältnis der Gesamtbevölkerung betrug die Zahl der Sträflinge 0,087 Prozent, das heißt, ein Sträfling entfiel auf 1630, ein Untersuchungsgefängnis auf 3602 Personen der Tschechoslowakischen Republik. Die Erhaltungskosten eines Sträflings in den Strafanstalten betragen 14 Kronen, in den Gefängnisabteilungen und Bezirksgerichten zwölf Kronen pro Tag. Werden die Arbeitslöhne mit vier Kronen pro Sträfling in Abzug gebracht, stellen sich die Erhaltungskosten des Staates, welche für die Sträflinge allein aufgewendet werden müssen, jährlich über eine Milliarde

Erweiterung des Postverkehrs mit Deutschland. Die Postdirektion Prag teilt mit: Vom 1. Juli d. J. an können Postanweisungen bis zur Höhe von

300 Millionen Papiermark nach Deutschland verbucht werden. Die Beträge müssen nach Zehntelmillionen abgerundet werden. Wertbriefe und Wertkarten mit Nachnahme und Postaufträge sind bis zu 100 Millionen Papiermark zulässig. Auch Nachnahmepakete nach Deutschland können bis 3000 K abgefertigt werden. Außerdem können Beförderer von Paketposten nach Deutschland Post- und andere nichtpostalische Gebühren, die im Bestimmungslande der Empfänger zu zahlen hat, auf sich nehmen.

Tödliches Autounfall in Rom. Montag nachmittags stießen in der Via 20. Settembre in Rom zwei Automobile so heftig aneinander, daß die Insassen gegen den Mosessbrunnen geschleudert wurden. Zwei von ihnen wurden getötet. Die Verletzten und Getöteten sind Mitglieder einer römischen Operettengruppe, die von einem Chauffeur ohne Wissen des Autobesitzers zur Fahrt eingeladen worden waren.

Todessturz mit dem Fallschirm. Bei dem von der Leipziger Flugabgesellschaft am Sonntag veranstalteten Fliegen ereignete sich ein tödlicher Unfall. Als am Nachmittag der Start zum Fallschirmabprung erfolgte, befand sich die bisher erfolgreiche Artistin Wba Schindler in einem Flugzeug in 200 Meter Höhe und sprang mit einem Fallschirm ab. Der Fallschirm öffnete sich jedoch nicht, und die Artistin stürzte zu Boden und blieb zerschmettert liegen. Die Veranstaltung wurde sofort abgebrochen.

Chinesische Seeräuber wollen ein Kriegsschiff überfallen. Eine Bande von 33 chinesischen Seeräubern, die sich an Bord eines kleinen chinesischen Dampfers eingeschiff hatten, zwangen den Kapitän des Schiffes, auf den größten Kreuzer der chinesischen Kriegsmarine, den „Hachio“ zuzuhalten, der sich auf der Höhe von Tschifu befand. Sie hofften, das Kriegsschiff zu überfallen, da sie vermuteten, die Mannschaft befände sich auf Urlaub. Das traf jedoch nicht zu und die Seeräuber wurden vertrieben. Als sie landen wollten, wurden sie von der Polizei angegriffen und gefangen genommen. Neun Mann, darunter der Führer der Bande, entkamen jedoch.

In den Japanerunruhen in Kalifornien. Obgleich die Ermordung zweier Japaner in Los Angeles nach amtlichen Mitteilungen die Folge eines Streites zwischen Japanern gewesen ist, sind dennoch in Tokio sofort besondere Vorsichtsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergriffen worden, namentlich zum Schutze der Hotels und Wohnungen von Amerikanern.

New York—San Francisco in 13 Stunden. Das San Francisco wird gemeldet, daß der Fliegerlieutenant Daughan die Strecke New York—San Francisco in der Länge von 2670 Meilen in 13 Stunden 8 Minuten, fünfmaligem Aufenthalt eingerechnet, durchflogen hat.

Schiffbruch. 60 Personen von dem Dampfer „Clau Mac Millan“, der im bengalischen Meerbusen Schiffbruch erlitten hat, sind gerettet worden. Ein Boot, in dem sich der Kapitän des Dampfers befand, wird vermisst. — Eine weitere Meldung besagt: Das vermisste Boot, in dem sich der Kapitän des im bengalischen Meerbusen gescheiterten Schiffes „Clau Mac Millan“ befand, ist aufgefunden worden, so daß namentlich die gesamte Besatzung des Dampfers gerettet ist.

Wetterübersicht vom 24. Juni. Montag hat die Temperatur in der Republik von Osten her zugenommen, im Westen blieb sie unverändert. Das Maximum betrug: Kaschau 31, Prerau 28, Prag 17, Eger 14 Grad Celsius. Im Osten herrschte wechselnd bewölkt Wetter. Die Umgebung des Gefenkes und der weichen Karpathen hatte Gewitterregen: Troppau 5, Preßburg 9, Rajseck Teplice

13, Olmütz 17 Millimeter. Böhmen war trüb mit starken Regenfällen im Norden: Donnertsberg 4, Aussig 6, Eger 10, Schneekoppe 15 Millimeter. Dienstag trat auch in Böhmen teilweise Aufklärung ein. Die Wetterlage bleibt unbeständig. — Wahr- scheinliches Wetter von heute: Westen: Unbeständig, mäßig warm, Westwinde. Osten: Wechselnd bewölkt, Neigung zu lokalen Gewittern, warm, schwacher Wind.

Gerichtssaal. Der Benzinprozeß.

Prag, 24. Juni. Der Prozeß vor dem Zivilsenatsgericht brachte heute ein

Geständnis des Stabskapitäns Dostal, der erklärte, er habe sich auf Betreiben des Vorsitzenden nach reiflicher Überlegung entschlossen, ein volles Geständnis abzulegen, und gebe zu, daß ihm Benoni für jede von den 150 Zisternen tausend Kronen versprochen habe, damit er bei der Verhandlung von Benonis Offert keine Schwierigkeiten mache. Von den Zeugenaussagen war die des Generals Weinerec interessant, der auf Antrag des Obersten Adam vorgeladen wurde, um sich zu der Behauptung des Zeugen Winter zu äußern, daß Weinerec dem Dr. Licht gegenüber erwähnt habe, Adam sei in die Benzinaffäre verwickelt und habe 45.000 Kronen genommen. Weinerec stellte dies in Abrede. Er habe zwar im Jänner oder Feber dieses Jahres mit Licht über die Art der Vergebung von Benzinlieferungen durch das Verteidigungsministerium gesprochen, wobei Licht meinte, es wäre besser, das Benzin direkt von einer rumänischen Firma zu kaufen. Weinerec habe aber abgelehnt, mit Licht über Lieferungen zu sprechen, und sei schließlich mit dem Sektionsrat Kudera vereinbart worden, daß Licht das Offert einer rumänischen Firma einholen solle, um die Preise vergleichen zu können. Erst als schon etwas von der Benzinaffäre durchgedrungen war, habe ihm Dr. Licht einmal gesagt, daß darin einige Leute verwickelt seien und darunter auch der Oberst Adam. Er selbst habe aber dem Dr. Licht gegenüber niemals von Adam oder Kudera gesprochen. — Vor dem Strafgericht wird morgen um 10 Uhr vormittags das Urteil gegen Swatek und Genossen gefällt werden.

Berurteilung von Banknotenfälschern.

Vor dem Pilsener Schwurgericht hatten sich elf Personen aus dem Grasslitzer und Karlsbader Bezirk wegen des Verbrechens der Geldfälschung und der Verbreitung falscher Tausendkronennoten in den Jahren 1922 und 1923 zu verantworten. Im ganzen wurden für 1.600.000 K falsche Tausendkronennoten gefälscht. Dem Spruche der Geschworenen zufolge wurden zu schwerem Kerker verurteilt: Der Kaufmann Emil Hüttmann aus Fischern bei Karlsbad zu vier Jahren, der Kaufmann Johann Schöninger aus Karlsbad zu sieben Jahren, der Photograph Alfred Person aus Altrohlau bei Karlsbad zu zweieinhalb Jahren, die Frau eines Hausbesizers Hedwig Spinnler aus Rothau bei Grasslitz zu vier Jahren, der Kaufmann Anton Panster aus Grasslitz zu fünf Jahren, Prof. Josef Heider aus Rothau zu drei Jahren, die Köchlerin Marie Panster aus Grasslitz zu vier Jahren, der Handelsreisende Karl Vegler aus Fischern zu vier Jahren, die Private Paula Panster aus Grasslitz zu vier Monaten, der Fleischer und Gastwirt Karl Kohler aus Grasslitz zu drei Jahren, alle mit entsprechender Verschärfung. Die Untersuchungshaft wurde ihnen eingerechnet. Bei Alfred Person wurde die Ausweisung aus der Republik ausgesprochen, weil er ein reichsdeutscher Staatsangehöriger ist. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Als ich begann, die Welt bewußt zu erleben, da entdeckte ich bald, daß es mit der Bunttheit, dem Glanz und vor allem mit meinen Mitmenschen nicht weit her war. Damals war ich Idealist und noch recht romantisch gesonnen; ich fühlte mich einsam und schloß mich an. Unwissend, wie ich damals war, überschätzte ich Kunst und kam zu ganz schiefen Gesichtswinkeln. In beiden Augen hatte ich Scheuklappen, die Menschen haßte ich. Sah alles von meinem kleinen Dachatelier aus. Unter mir und neben mir Kleinhändler und Hausbesitzer und kleine Kaufleute, deren Gerede und Ideen mich anwiderten. So wurde ich ein richtiger misanthropischer und skeptischer Individualist. Glaubte, töricht und verbildet wie ich war, ich hätte die Weisheit und Erkenntnis gepachtet, und fühlte mich stolz, weil ich glaubte, die mich wie ein Rebel umgebende Dummheit zu durchschauen.

Ich begann mit Zeichnungen; sie waren der Niederschlag meiner damaligen Stimmung. Ich zeichnete zum Beispiel einen Stammis bei Sechen, wo die Menschen wie dicke, rote Fleischmassen in graue, häßliche Säcke gepreßt saßen. Um zu einem Stil zu gelangen, der so die drastische und unterblumige Farbe und Lieblosigkeit meiner Objekte wiedergab, studierte ich die drastischsten Manifestationen des Kunsttriebes. Ich kopierte in Bissors die solfloristischen Zeichnungen, sie erschienen mir als der unmittelbarste Ausdruck und die kürzeste Uebersetzung starker Gefühle. Auch Kinderzeichnungen regten mich ihrer Eindeutigkeit wegen an. So kam ich allmählich zu diesem messerharten Zeichenstil, dessen ich zur Uebersetzung meiner damals von absoluten Menschenhaß diktierten Beobachtung bedurfte. Ich notierte auf der Straße, in den Cafés,

in den Varietés usw. in kleinen Notizbüchern sorgfältig Beobachtungen auf. Und analysierte hinterher manchmal noch schriftlich meine Eindrücke. Damals, vor dem Kriege, plante ich ein großes dreibändiges Werk „Die Häßlichkeit der Deutschen“. Dieses Werk kam aber über die Anfangskapitel nie hinaus, da damals der Malik-Verlag noch nicht existierte.

Vorübergehend war ich in Paris. Einen besonderen Eindruck hat Paris nicht auf mich gemacht; und die übertriebene Anstimmung dieser Planstadt habe ich nie geteilt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dies in der Vorkriegszeit meine Erkenntnisse ausmachte: Die Menschen sind Schweine, das Gerede von Ethik ist Betrug, bestimmt für die Dummen. Das Leben hat keinen Sinn als den, keinen Hunger nach Nahrung und Weibern zu befriedigen. Seele gibt's nicht. Hauptsache, man hat das Nötige. Ellenbogengebrauch war notwendig, allerdings ekelhaft. So drückte sich auch in meinen Produkten eine starke Abscheu vor dem Leben aus, das nur überboten wurde von dem Interesse für die Vorgänge. Wurde der Ekel zu groß, betrank man sich. — Der Ausbruch des Krieges machte mir klar, daß die Mehrzahl der Masse willenlos war, als sie begeistert durch die Straßen zog, ausnahmslos gebannt vom Willen der Militärs. Ich spürte diesen Willen auch über mir, war aber nicht begeistert, da ich die individuelle Freiheit, in der ich bis dahin lebte, bedroht sah. Ich fühlte mich damals anarchisch abseits von den Menschen, nun ließ ich Gefahr, zur Gemeinschaft mit den mir so verhassten Menschen gezwungen zu werden. Mein Haß konzentrierte sich auf die, die mich dazu zwingen wollten. Den Krieg betrachtete ich als eine ins Ungeheuerliche ausgeartete Erscheinungsform des üblichen Kampfes um Besitz. Dieser Kampf war mir im Detail

schon widerwärtig, im Engros erst recht. Das hinderte nicht, daß ich preussischer Soldat wurde. Zu meiner Verwunderung nahm ich wahr, daß es Leute gab, die auch nicht so recht begeistert waren. Diese Leute haßte ich etwas weniger. Das Einsamkeitsgefühl nahm ein wenig ab. Das schöne Soldatenleben regte mich zu mancher Zeichnung an.

Manchen Kameraden machten diese Zeichnungen offenbar Freude, sie teilten meine Gefühle; diese Bestätigung war mir lieber als die Anerkennung dieses oder jenes Kunstsammlers, der ja doch nur meine Arbeiten in erster Linie vom spekulativen Standpunkt aus einschätzte. In dieser Zeit begann ich, nicht nur, weil es mir Freude machte, zu zeichnen, sondern im Bewußtsein, daß auch andere meine Gefinnung teilten. Ich begann einzusehen, daß es einen besseren Zweck gab, als nur für sich und den Kunsthändler zu arbeiten. Ich wollte Illustrator werden, die hohe Kunst interessierte mich nicht, soweit sie die Schönheit der Welt darstellte. — mich interessierten die verpönten Tendenzmaler und Moralisten: Hogarth, Goya, Daumier und ähnliche. Ich zeichnete und malte aus Widerpruch und versuchte durch meine Arbeiten die Welt zu überzeugen, daß diese Welt häßlich, krank und verlogen ist. Nemmenswerte Erfolge hatte ich nicht, machte mir auch keine besonderen Hoffnungen, fühlte mich aber durchaus revolutionär und verwechselte mein Ressentiment mit Erkenntnis.

Der Krieg änderte daran nichts grundlegend. Ich blieb meinen Freunden gegenüber misstrauisch, so was wie Kameradschaft paßte nicht in mein Weltbild, wollte mir keine Illusionen machen. Ich begann von revolutionären Strömungen zu hören, blieb aber skeptisch. Es

Abwicklung.

Von George Grosz.

Der Künstlerverein für Böhmen eröffnet am Donnerstag im Prager Rudolfinum eine Ausstellung des Berliner George Grosz, des bedeutendsten lebenden revolutionären Künstlers Deutschlands. In einem Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen, schildert Grosz seinen Werdegang und sein Ziel als Mensch und Künstler.

Die anämischen, langhaarigen, sonderbaren Menschen in den fünften Stockwerken unserer Großstädte, die keiner Kasse einen Stein nachwerfen und die Portierfrau fürchten, können von nichts tiefer gekränkt werden, als von Zweifeln an ihrem revolutionären Charakter.

Zu diesem eigentümlichen Völkchen habe ich gehört, und wenn es erlaubt ist, will ich an meiner eigenen Entwicklung zeigen, daß es tatsächlich ein revolutionäres Empfinden ist, das den Künstler anspornt. Lange genug hieß es, ein echter Maler muß dumm sein. Wuß er dünne sein? Bezeichnet nicht die empirische Weisheit die Künstler als die Edelsten der Nation?

Dürfen sich die Edelsten der Nation nur auf Kultivierung ihrer Gefühle beschränken und im übrigen dumme Kerle sein ohne Kenntnisse und Erkenntnisse? Wenn ja, dann haben die Künstler recht, wenn sie glauben, Revolutionäre zu sein, indem sie jahraus, jahrein pinseln und kritisch auf eine bessere Zukunft hoffen. Meine Meinung ist, daß sie nicht das Recht auf Dummheit haben, daß gerade ein Künstler seine Kenntnisse und Erkenntnisse stets erweitern muß, selbst auf die Gefahr hin, nicht mehr gut zu lieben — sondern gut zu haßen.

Bon der Lehrlingsmishandlung freigesprochen.

Im Jaber berichteten wir über die unerhörte Lehrlingsmishandlung durch den Tischlermeister Luz in Troppau, die er an dem Tischlerlehrling Franz Rohmanith aus Spachendorf begangen hat. Rohmanith fühlte sich im Monate Jaber krank und ersuchte zuerst seinen Meister um Krankenurlaub, der ihm auch bewilligt wurde und den der Lehrling zu Hause in Spachendorf bei seinen Eltern verbrachte. Nach einer Woche trat er wieder die Arbeit an, fühlte sich aber noch immer krank und lag am folgenden Sonntag im Bette. Tags darauf versuchte er in der Werkstätte zu arbeiten. Da es nicht so ging, wie er wollte, hieß ihn Herr Luz junior einen

faulen Keel und prügelte ihn später mit einem Brett durch, das dabei in Stücke ging.

In der Gewerbeschule wurde der Lehrer Sufenil von den Mitschülern des Rohmanith auf diesen aufmerksam gemacht. Herr Sufenil, ein junger Tischlermeister, forderte den Knaben auf, nach Hause zu gehen. Rohmanith lehnte das aber aus Furcht vor neuen Prügelein des jungen Meisters ab und blieb bis um 9 Uhr abends in der Schule. Als er dann zu Hause ankam, lag der Meister bereits im Bette und schlief.

Am nächsten Tage mußte Rohmanith wieder aus dem Bette und zur Hobelbank, konnte aber nicht mehr arbeiten. Auf ärztliches Anraten mußte er sofort ins Spital gehen. Dort ist er am dritten Tage gestorben.

Die Staatsanwaltschaft als Ankläger.

Von dem ganzen Sachverhalt, der in Troppau großes Aufsehen hervorrief, erhielt auch die Staatsanwaltschaft Kenntnis und leitete gegen den Tischlermeister Luz senior das Strafverfahren ein, da dieser die notwendige Fürsorge für den ihm anvertrauten Lehrling unterlassen hatte. Der Vater des verstorbenen Lehrlings schloß sich dem Strafverfahren als Privatbeteiligter an.

In der Anklage wurde hervorgehoben, daß der Lehrling Franz Rohmanith unter dem Angeklagten viel zu leiden hatte. Er wurde von Herrn Luz junior und senior

wiederholt beschimpft und geprügelt.

Am gleichen Tage, an dem der Lehrling vom dem jungen Meister mit einem Brett geschlagen wurde, fühlte auch ein Schiffschiff an ihm seinen Mut, indem er dem Vordrücken eine Ohrfeige gab. Als dies Luz junior sah, sagte er noch zu dem Schiffschiff:

„Gut ist's, daß mir eine Arbeit erspart, gib ihm noch eine, daß er genug hat und hin wird.“

Der Angeklagte erklärte sich vor Gericht für nicht schuldig und die Anklage des Staatsanwaltes für unrichtig. Der Junge habe bei ihm nichts gelernt und sei immer led und froh gewesen.

Vorsitzender: Haben Sie den Lehrling, als er von Spachendorf kam, gefragt, ob er sich gesund fühle?

Angeschlagter: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender: Als Meister müssen Sie doch wissen, daß der Lehrling gleichsam zur Familie gehört. Ihre Pflicht wäre es gewesen, den Lehrling zu fragen, ob er sich wohl fühlt. Haben Sie den Lehrling geprügelt?

Angeschlagter: Ja. Vor mehr als zwei Jahren habe ich ihm ein paar heruntergehaut, weil er statt in die Schule in das Volkshaus zu einer Versammlung gegangen ist. Soweit ich weiß, hat ihm mein Sohn ein paar Klapsen (!?) gegeben.

Zeuge Huska bestätigt, daß der Meister dem Lehrling ein paar Ohrfeigen heruntergehaut hat, weil er in eine Versammlung gegangen ist. Sonst will der Zeuge aber keine Mishandlungen

gab für mich nicht mehr dämonische Mächte und Suedenborgsche Hölle, ich fing an, die eigentlichen Höllenfürsten und Teufel zu sehen. Männer mit langen Hosen und Vätern, mit und ohne Orden. Hoffnungen auf Friede oder Revolution mancher Freunde hielt ich für unbegründet. Wieder als Zivilist in Berlin, erlebte ich die Ursprünge der Dada-Bewegung in Berlin, deren Beginn in die Zeit der Kohlrübe in Deutschland fiel. Die deutsche Dada-Bewegung hatte ihre Wurzeln in der Erkenntnis, die gleichzeitig manchen Kameraden wie auch mir kam, daß es vollendeter Irrsinn war, zu glauben, der Geist oder irgendwelche Geister regierten die Welt. Goethe im Trommelfeuer, Nietzsche im Tornister, Jesus im Schützengraben. Da gab es noch immer Leute, die Geist und Kunst für Macht hielten. Wir sprachen hier über Kunst, daher noch einige Worte zum Dadaismus, der einzigen künstlerischen Bewegung in Deutschland seit Jahrzehnten. Lächeln sie nicht — an dieser Bewegung sind alle Ismen in der Kunst zu kleinen Mißlerangelegenheiten von vorgeföhrt geworden. Der Dadaismus war keine ideologische Bewegung, sondern ein organisches Produkt, entstanden als Reagens auf die Völkerveränderungen der sogenannten heiligen Kunst, die über Stufen und Gotik nachkann, während die Feldherren mit Blut malten. Die Dadaisten sagten, es ist egal, ob man irgend ein Gebuste von sich gibt — oder ein Sonett von Petrarca — oder Misse — ob man Stiefel-ohläge verguldet oder Madonnen schnitzt — geschossen wird doch, gewuchert wird doch, gehungert wird doch, gelogen wird doch, wogu die ganze Kunst. War sie nicht der Gipfel des Betrugs — wo sie uns geistige Werte vorgaukelte — war sie nicht der Gipfel der Väterlichkeit, wo sie sich ernst nahm, aber niemand sie. Hände weg von der heiligen Kunst — schrien die Gegner

bemerkt haben. Das zerfallene Brett, mit dem der Lehrling geprügelt wurde, habe er gesehen.

Staatsanwalt: Ist es wahr, daß man den Lehrling ausgelacht hat, weil er sich warm angezogen hatte und so arbeitete.

Zeuge Just die Abseln und gibt ausweichende Antworten.

Der Zeuge Ernst Richter will auch nicht gesehen haben, daß der Lehrling vom Meister oft geprügelt wurde.

Staatsanwalt: Wann hat der Meister das lehtmal den Lehrling blutig geschlagen?

Zeuge: Im vorigen Jahre ist es geschehen.

Vorsitzender: Ihre Aussage ist aber heute eine wesentliche andere als die erste.

Staatsanwalt: Ja, er wird eben auch vor dem Meister Angst gehabt haben, weil er noch bei ihm in Arbeit stand.

Das Sachverständigengutachten beinhaltet: Dr. Urbanek, Primararzt des Landeskrankenhaus, der den Verstorbenen behandelt hat, beschränkte sich nur auf die Krankheitsgeschichte: Der Lehrling kam am 21. Jaber in das Krankenhaus und ist am 24. Jaber um 1 Uhr mittags gestorben. Es wurde bei dem Kranken eine Kopfgrippe, verbunden mit einer Hirnhautentzündung festgestellt. Er hatte

Blutunterlaufene Augen und Jaber.

Dem Kranken mußte man, da er schlecht atmen konnte, auf künstlichem Wege Luft zuföhren. Während seiner Krankheit war er sehr unruhig, schlug Fensterscheiben aus und verletzte sich dabei. Die

Krankheit war eine tödliche.

Dr. Materna, der den Verstorbenen sezierete, erklärte, die Krankheit war eine unbedingt tödliche.

Vorsitzender: Es ist wichtig zu wissen, ob der Meister erkennen konnte, daß der Lehrling krank war.

Dr. Materna: Das konnte der Meister nicht wissen. Der Junge erkrankte an Kopfgrippe. Wir Aerzte machen seit einiger Zeit die Beobachtung, daß die Kopfgrippe nicht jeden Menschen befällt, sondern nur solche, die öfter mit Kopfbeschwerden zu tun haben und dazu disponiert sind. Außerdem hatte der Junge noch eine gewöhnliche Grippe, die ich bei der Sezierung feststellte. Die Krankheit ist nicht so, daß ihre Schwere ein Laie erkennen kann. Wenn sich der Lehrling nicht meldete, daß er krank sei, konnte auch der Meister es nicht wissen.

Daß der Schlag mit dem Brett auf den Kopf bei dem Lehrling zur Krankheit mitbeigetragen hat, ist möglich und nicht abzuleugnen. Sicher ist, daß der Schlag auf den Kopf verschlimmernd eingewirkt hat.

Dr. Materna erklärte dann auf eine Anstige des Staatsanwaltes, ob bei dem Lehrling der Tod durch eine rechtzeitige ärztliche Hilfe hätte verhindert werden können, mit Bestimmtheit, daß ein tödlicher Ausgang dieser Krankheit nicht zu vermeiden war.

Aus einem Protokoll, das dann noch verlesen wird, geht hervor, daß der Meister und sein Sohn gesagt haben, „so eine Spachendorfer Kreatur werden wir noch einmal erschlagen“.

Der Vater des Verstorbenen verlangte als Privatbeteiligter den Ersatz der Begräbniskosten im Betrage von über 4000 K, inklusive Ueberführung des Leichnams von Troppau nach Spachendorf.

Der Verteidiger des Privatbeteiligten hob in seinem Plädoyer hervor, daß die Behandlung der Lehrlinge bei Herrn Luz keine gute ist, da diese immer blutig geschlagen werden. Es ist ein alter Grundsatz, daß der Meister immer den Ton angibt, der dann in der Werkstätte herrscht. Er halte es für möglich, daß sich der Meister gar nicht den Kopf darüber zerbrochen habe, ob sich der Lehrling wohl befindet. Auffallend ist jedoch, daß alle Gehilfen wußten, daß der Lehrling

des Dadaismus. Warum vergaßen die Herren es, zu schreien, als man auf ihre Kunstidentitäten schah, ihre Kollegen vergewaltigte und ermordete? Was sahen sie von Geist, wo es doch nur einen Geist gab, den der Presse, die schrieb: Zeichenkriegsanleihe! Heute weiß ich und mit mir alle anderen Begründer des deutschen Dadaismus — daß unser einziger Fehler war, die sogenannte Kunst überhaupt ernst genommen zu haben. Der Dadaismus war unser Erwachen aus diesem Selbstbetrug. Wir sahen die irrsinnigen Endprodukte der herrschenden Gesellschaftsordnung und brachen in Gelächter aus. Noch nicht sahen wir, daß diesem Irrsinn ein System zugrunde lag.

Die nahende Revolution brachte die Erkenntnis dieses Systems. Zum Lachen war kein Anlaß mehr, es gab wichtigere Probleme als die der Kunst — wenn sie noch irgendwelchen Sinn haben sollte, mußte sie sich diesen Problemen unterordnen. Die Probleme sind Ihnen bekannt. Es sind die Probleme der Zukunft — der kommenden Menschen, die Probleme des Klassenkampfes.

Heute hasse ich die Menschen nicht mehr wahllos, heute hasse ich ihre schlechten Institutionen und die Machthaber, die diese Institutionen verteidigen. Und wenn ich eine Hoffnung habe, so ist es die, daß diese Institutionen und daß die Menschenklasse, die sie schützt, verschwinden. Dieser Hoffnung dient meine Arbeit. Mit mir teilen Millionen Menschen diese Hoffnung, es sind dies nicht Kunstschaffende, nicht Mäzene, nicht Kaufsträfige. Ob man daher meine Arbeit Kunst nennt, ist abhängig von der Frage, ob man glaubt, daß die Zukunft der arbeitenden Klasse gehört.

krank sei, nur der Meister nicht. Die Meisterin wußte aber, daß der Lehrling am Sonntag während des ganzen Tages im Bette lag.

Freispruch!

Der Gerichtshof sprach nach durchgeführter Verhandlung den Angeklagten frei mit der Begründung, aus dem Beweisverfahren gehe nicht hervor, daß der Angeklagte an dem Tode des Lehrlings schuld sei.

Volkswirtschaft.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Im Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922 und 1923 wird das Verhältnis des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Internationalen Genossenschaftsbunde behandelt u. über die Besprechungen, welche die Zusammenarbeit dieser Organisationen zum Gegenstand hatten, insbesondere in bezug auf die Verwertung der Sparanlagen und Kapitalien der Arbeiterorganisationen, berichtet. Besonderes Interesse verdient der Musterentwurf für ein Uebereinkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften. Die in der letzten Zeit öfters vorgekommenen Konflikte zwischen Genossenschaften als Arbeitgeber und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern der Genossenschaften machen die Regelung auf diesem Gebiet zu einer dringenden Notwendigkeit. Der Entwurf betont die Notwendigkeit der Kollektivverträge, behandelt die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Aufnahme und Entlassung der Arbeiter sowie bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Er behandelt die Pflichten der Genossenschaften in bezug auf die soziale Gesetzgebung und das Lehrlingswesen. Besonders wichtig sind die Bestimmungen für den Fall von beruflichen Streiks, Solidaritätsstreiks und Generalstreiks. Hier wird der Versuch unternommen, die genossenschaftlichen Mitglieder der Gewerkschaften vom Streik fernzuhalten, jedoch so, daß dadurch weder die beruflichen noch die allgemeinen Interessen der Gewerkschaften beziehungsweise Arbeiter leiden. Die besondere soziale Rolle der Genossenschaften dient bei dieser Regelung zum Ausgangspunkt.

Die Wirtschaftskrise in Sachsen. Ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsens gibt eine Statistik, wonach in der Zeit vom 1. Jänner bis 21. Juni 1. J. in Sachsen 535 Betriebsstillegungen bei der Regierung gemeldet worden sind, davon in den drei Wochen des laufenden Monats allein 181.

Die Kohlenenerzeugung der Welt. Aus den statistischen Zusammenstellungen über die Kohlenenerzeugung ergibt sich die Tatsache, daß die Kohlenproduktion in den meisten Kohlenländern der Welt gegenwärtig höher steht, als vor dem Krieg. Die veränderten Kohlenverhältnisse Deutschlands infolge der Abtrennung großer Kohlengebiete wie auch der Ruhrbesetzung sind bekannt, sie sind für den Rückgang der Kohlenproduktion verantwortlich. Der Monatsdurchschnitt der deutschen Kohlenenerzeugung betrug vor dem Krieg 15,8 Millionen Tonnen, 1922 weniger als 10 Millionen, 1923 2,3 Millionen. Für die ersten Monate 1924 sind die Ziffern 3, 3,3, 3,3, 5 Millionen. Die englische Kohlenproduktion war im April geringer als im Monatsdurchschnitt 1913, in den vorangehenden Monaten hat sie ihn jedoch beträchtlich überschritten. Belgien erreichte bereits im November vorigen Jahres die Friedensenerzeugung und steht seitdem noch etwas höher, 2 Millionen Tonnen pro Monat. Frankreich erreichte erst vor kurzem die Friedenskohlenenerzeugung. Im März betrug die Förderung 3,7 Millionen Tonnen gegenüber 3,4 Millionen im Frieden. In der Tschechoslowakei war die Förderung im Jahre 1923 durch den großen Bergarbeiterstreik unterbunden. 1924 betrug sie in den ersten Monaten 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen gegenüber 1,1 im Jahre 1923. Polens Erzeugung betrug 1923 durchschnittlich 3 Millionen pro Monat. Die Erzeugung des laufenden Jahres war

durch den Bergarbeiterstreik ungünstig beeinflusst. Holland hat seine Kohlenenerzeugung verdreifachen können; von 156.000 Tonnen im Jahre 1913 auf 460.000 bis 480.000. In den Vereinigten Staaten betrug der Monatsdurchschnitt 43 Millionen Tonnen, 1923 49 Millionen; die Förderungsziffern für die ersten drei Monate 1924 sind: 54, 48 und 43 Millionen. Da seitdem die Kohlenförderung weiter gesunken ist, dürfte auch die Kohlenenerzeugung der Vereinigten Staaten gegenwärtig geringer sein als vor dem Krieg. Die Kohlenenerzeugung Südafrikas, Indiens und Japans hat sich zwar seit dem Krieg etwas gehoben, doch sind die geförderten Mengen an sich nicht hoch. (Japan 1,8 bis 2 Millionen Tonnen pro Monat, Indien 1,3 bis 2 Millionen, Südafrika 0,66 bis 0,90 Millionen.)

Russische Ernteföhung. Das statistische Zentralamt Sowjetrusslands teilt mit, daß sich der Saatensstand in den letzten Tagen verschlechtert hat. In den Randgebieten blieb er unverändert. An Broitgetreide wird in diesem Jahre das gleiche Quantum wie im Vorjahre, d. i. ungefähr drei Milliarden Pud geerntet werden. Der Stand der Kartoffeln im ganzen Gebiete der UdSSR ist im allgemeinen befriedigend.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Theatergemeinschaftsvorstellung „Apostel-Spiel“, „Der eingebildete Kranke“; Donnerstag „Boccaccio“; Freitag Gastspiel Kramer „Bapa“; Samstag „Der Ruß“; Sonntag nachmittags „Der Feldherrnhügel“, abends „Madi“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag 10 Uhr nachts und Sonntag nachmittags und abends Gastspiel „Max und Moritz“; Samstag halb 8 Uhr Gastspiel Kramer „Der Teufel“.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 1923

Turnen und Sport.

JFA. Selb 1a gegen Falkenauer JFA. 1a 3:0 (2:0). (Eben 2:1 für Falkenauer.) Das erste Gastspiel der Falkenauer in Selb (Bayern) ist trotz der Niederlage ein voller Erfolg. Der Mannschaft gebührt nur Lob, denn nur durch ihre äußerst saite Spielweise mußten sie den Sieg Selb überglassen. Die Selber Mannschaft hatte den Vorteil, daß sie auf dem mit hohem Gras bedeckten Plage gut eingespielt war. Falkenauer war ständig im Angriff und zeigt auch das Edenverhältnis die Ueberlegenheit der Falkenauer Mannschaft. — Nach dem Spiele wurden die Falkenauer durch mehrere Ansprachen sowie durch Ueberreichung eines schönen Blumenstraußes geehrt. Der Empfang unserer Sportler in Selb war sehr herzlich. Hoffentlich kommt Selb recht bald nach Falkenauer, denn solche Sportleute wie die Spieler des JFA. Selb sind wirkliche Förderer des Arbeiterportes.

Falkenauer JFA. Ref. gegen Arbeiter-Turnverein Mitroslan Ref. 10:0. Falkenauer in neuer verstärkter Aufstellung konnte Mitroslan mit großem Unterschiede besiegen. Gespielt in Falkenauer.

Arbeiter-Turnverein Neusattl gegen Arbeiter-Turnverein Egger 3:2 (Serienpiel). Egger verliert unbedient.

Arbeiter-Turnverein Mch gegen „Koslaw“ Mch 4:2 (2:1) (Serienpiel). Sehr scharfes Spiel der beiden Lokalgegner, wobei sich die Mannschaft der „Turner“ sehr brav hielt.

Für den Druck verantwortlich: O. Holth. Herausgeber: Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.



Praktischer und Krankenkassenarzt
MUDr. Stan. Velden
Č.-Velenice (Gmünd in Böhmen)
ordin. 8-10, 1-2
Zahnplombieren

Jodbad Darkau
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, Oatschloa, O.-S.-R.
Stärkstes Jodsol-Brombad, gründl. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch voraltete Formen) Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Drüsen, Frauenleiden, alle Arten der Tuberkulose der Haut, chron. Hautleiden, Arteriosklerose usw., besonders günstig für Kinder. — Kinderpenalstation für Kinder ohne Begleitung. — Kurrestauration in Eigenregie. — Saison vom 1. Mai bis 30. September. — Prospekte und Auskünfte durch die Badverwaltung.